Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 20 Pfg.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 25 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto: Leipzig 39070. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 58 — Dienstag den 9. März 1920 — 46. Jahrg.

Reichspräsident Hindenburg.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Schon vor längerer Zeit wurde von rechtsstehenden Kreisen sehr lebhaft eine Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs befürwortet. Dann war es einige Zeit still und jetzt nun verbreitet eine Depeschenagentur die Meldung, daß schon in nächster Zeit ein Aufruf von führenden Männern und Frauen aus allen Teilen des Deutschen Reiches, aus allen Berufsständen und Bevölkerungsgruppen sich an die deutschen Volksgenossen wenden und zur Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auffordern werde. Man glaubt durch diesen Namen alle politischen Gegensätze überbrücken zu können. Hindenburg soll als unpolitischer Kandidat, als Vertrauensmann des deutschen Volkes gewählt werden. Es ist möglich, daß einige von den Befürwortern dieser Kandidatur wirklich eine Lösung, einen Burgfrieden bei der Präsidentenwahl für möglich halten. Demgegenüber muß betont werden, daß der Versuch, bei einer ausgesprochen politischen Wahl einen Burgfrieden herzustellen, völlig aussichtslos ist. Ganz ohne Zweifel genießt Hindenburg bis weit nach links großes Vertrauen, und die Tatsache, daß er sich nach dem Zusammenbruch der Revolution zur Verfügung stellte, bleibt unvergessen. Es kann aber nicht verkannt werden, daß sein Auftreten vor dem Untersuchungsausschuß, bei dem es sich zeigte, wie sehr er politisch von Ludendorff ins Schlepptau genommen war, ihn um mancherlei Sympathien gebracht hat. Er selbst hat auch immer wieder betont, daß er ein Soldat sei und mit Politik nichts zu tun habe. Außerordentlich bezeichnend ist der Eifer, mit dem sich die Presse der Rechten für diese Kandidatur einsetzt. Die Sache ist an sich sehr geschickt eingefädelt, man stellt Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten auf und schiebt „vaterländische Kreise" vor, versucht seinen eigenen Kandidaten als unpolitisch zu bezeichnen, weil eine deutschnationale Kandidatur von vornherein eine Durchfallkandidatur ist. Vielleicht kann man hoffen, daß Hindenburg doch noch im letzten Moment erkennt, wofür er mißbraucht werden soll.

Die Folgen seiner Kandidatur wären erbitterte Kämpfe. Die Zeitungsstimmen lassen gar keinen Zweifel darüber, daß die Parteien der Linken eine solche Kandidatur energisch bekämpfen würden. Auf die Folgen, die die Wahl für unsere auswärtige Politik haben muß, macht der „Vorwärts" aufmerksam, der u. a. schreibt: „Hindenburg war und ist vor allem der Exponent der alldeutschen Militär- und Zivilkreise. Eine Präsidentenschaft Hindenburg würde vom ganzen Ausland als die Herrschaft dieser Kaste aufgefaßt werden. Eine Präsidentenschaft Hindenburgs wäre das Ende der gewaltigen Bewegung zur Revision des Friedensvertrages, die jetzt im Ausland täglich an Kraft gewinnt. Hindenburg hat sich von den Helfferichen und Ludendorffen zu mancher Dummheit treiben lassen. Die Präsidentschaftskandidatur war die größte."

Es erscheint um so weniger angebracht, jetzt bereits einen Kandidaten für die Präsidentenwahl aufzustellen, als das Gesetz über die Wahl zum Präsidenten noch nicht einmal der Nationalversammlung zugegangen ist. Man weiß, daß die Anschauung, man solle die Wahl nicht direkt durch das Volk vornehmen lassen, wie es der Artikel 41 der Verfassung vorsieht, an Boden gewinnt. Eine entsprechende Abänderung der Verfassung läge durchaus im Bereiche der Möglichkeiten. Auf jeden Fall wird man bedauern müssen, daß ein Mann, der sich soviel Verdienste um sein Vaterland erworben hat, jetzt in einen Wahlkampf gestellt werden soll, bei dem die Angriffe natürlich auch vor seiner Person nicht Halt machen würden. Solche Bedenken stellen natürlich die Kreise der Rechten zurück, wenn nur das Parteisüppchen ordentlich brodelt.

*

Die Rechtsparteien und die Kandidatur Hindenburg.

Berlin 8. März. Ein Aufruf für die Präsidentschaftskandidatur Hindenburg, der in der Berliner rechtsstehenden Presse veröffentlicht worden ist, verdankt seine Entstehung einem Beschlusse der Parteileitungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Schon heute wird ein Aufruf veröffentlicht werden, der von mehreren hundert Männern und Frauen aus allen Teilen des Reiches und aus allen Ständen unterzeichnet ist und der zur Wahl Hindenburgs auffordert. Wie es heißt, ist die Aufstellung Hindenburgs im Kreise der beiden Parteileitungen nicht ohne Widerspruch erfolgt. Man habe auf das hohe Alter Hindenburgs und auf die mit einem Wahlkampf untrennbar verbundenen Angriffe auch gegen die Person Hindenburgs hingewiesen, diese Einwände seien aber nicht für durchschlagend gehalten, man hoffe vielmehr, daß Hindenburgs Volkstümlichkeit so groß sein wird, daß er auch über die Reihen der Rechtsparteien hinaus Stimmen erhalten wird. Für die Kandidatur Hindenburgs wolle auch der Reichsbürgerrat eintreten. Das Zusammentreffen der Veröffentlichung eines Telegrammes des Reichsbürgerrates mit der Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs sei sein zufälliges, sondern ein verabredetes.

Der Reichsbürgerrat und die Präsidentenwahl.

Der Präsident des Reichsbürgerrates hat an die Nationalversammlung folgende Kundgebung gerichtet:

1. Neuerdings mehren sich die Nachrichten, wonach bei nicht verantwortlichen Stellen die Absicht besteht, die Wahl des Reichspräsidenten nicht der allgemeinen Volksentscheidung, sondern verretenden Körperschaften zu übertragen. Der Reichsbürgerrat würde in der Durchführung solcher Absichten einen Bruch des Paragraphen 41 der Verfassung und eine Verkürzung der vornehmsten Rechte des deutschen Staatsbürgers erblicken. Schon jetzt wird gegen derartige Pläne mit allem Nachdruck Einspruch erhoben.

2. Der Reichsbürgerrat verteilt im Einklang hiermit die Auffassung, daß die Wahl zum Reichspräsidenten nicht eine Sache der Parteien, sondern eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes ist. In der heutigen Zeit schwerster Not muß versucht werden, alle weiteren inneren Erschütterungen zu vermeiden. Wir fordern daher die Nationalversammlung auf, dahin zu wirken, daß bei dieser Wahl mit den Vorbereitungen dazu der Burgfrieden gewahrt wird. Nicht Angehörigkeit zu einer Partei darf bei Vorschlag und Entscheidung maßgebend sein, sondern einzig und allein die Frage: Welcher Mann ist seiner Persönlichkeit und seiner Bedeutung nach am besten geeignet, das deutsche Volk nach innen und außen würdig zu vertreten?

Der Reichsbürgerrat.
ges. v. Loebell.

*

Pressestimmen zur Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs.

Berlin, 8. März. Der „Vorwärts" lehnt sich sehr scharf gegen den Hindenburgrummel auf und sagt, seit dem Juli 1914 sei nicht schlimmer mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt worden als durch ihn. Die „Voss. Ztg." meint, die Äußerungen aus beiden Lagern der Sozialdemokratie zeigten zur Genüge, wie der Burgfrieden aussehen werde, von dem bei der Bekanntgabe der Kandidatur gesprochen worden sei.

Neueste Nachrichten.

Wilson erneut über die adriatische Frage.

Washington, 8. März. (Priv.-Telegr.) In seiner Antwort auf die letzte Note von Lloyd George und Millerand über die adriatische Frage wiederholt Präsident Wilson, daß die Vereinigten Staaten die Inkraftsetzung der Bestimmungen des Londoner Altes nicht billigen könnten, es sei denn, daß sie die Überzeugung gewinnen könnten, daß diese Bestimmungen im wesentlichen annehmbar und so beschaffen seien, daß sie der Aufrechterhaltung des Friedens im Südosten Europas nicht schaden könnten. Wenn Italien und Südslawien auf einen Pufferstaat verzichten wollten und die Oberhoheit über die Stadt Fiume dem Völkerbund übertragen wollten in der Weise, daß weder Italien noch Südslawien die Kontrolle über die Stadt beanspruch.n, so seien die Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß die beiden Staaten in einem Abkommen ihre gemeinsame Grenze festlegten.

Folgen des Krieges.

Warschau, 8. März. (T.-U.) Der Finanzminister entsandte nach Berlin eine Kommission, welche mit der deutschen Regierung Verhandlungen betreffend die Deckung während der deutschen Okkupation in Polen ausgegebenen Banknoten der polnischen Darlehnskassen aufnehmen soll. Die Ansprüche der polnischen Regierung betragen sechs Milionen Reichsmark.

Rücktritt des schwedischen Ministeriums.

Stockholm, 8. März. (T.-U.) Das schwedische Ministerium hat seinen Rücktritt eingereicht. Nach einer weiteren Meldung wird der König zweifellos den Sozialdemokraten Branting mit der Bildung der neuen Regierung betrauen.

Aufhebung des Urteils gegen Röchling.

Paris, 8. März. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung aus Saarbrücken hat der Kassationshof in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Röchling, das bekanntlich vom Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen.

Die Bolschewisten in Bessarabien.

Stockholm, 8. März. (Priv.-Telegr.) Aftonbladet meldet, daß nach einem Telegramm aus Reval bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 150 000 Mann den Dnjester an mehreren Stellen überschritten haben. Sie würden bald in Bessarabien einrücken. Die rumänischen Truppen sind geschlagen. In Rumänien hält man die Lage für kritisch.

Frankreichs Bedenken gegen das wirtschaftliche Memorandum.

Paris, 8. März. Die französische Regierung hat ihren Delegierten in London ihre Instruktionen bezüglich des wirtschaftlichen Memorandums übersandt. Diese Instruktionen, die sich namentlich darauf beziehen, daß es Frankreich unmöglich sei, irgend eine verspätete Revision des Versailler Vertrages oder eine Verminderung der Befugnisse der Wiedergutmachungs-Kommission anzunehmen, haben zur Folge gehabt, daß an dem ursprünglichen Text des Memorandums einige Änderungen vorgenommen wurden. Andere kleinere Änderungen sind von den Delegierten verlangt worden. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden fortgesetzt.

Neue Riesenschiebungen in Kohlen.

Kattowitz, 8. März. (T.-U.) Die Kriminalpolizei ist erneut großen Kohlenschiebungen auf die Spur gekommen. Sie hat bereits 10 Personen, die in diese neuen Schiebungen verwickelt sind, festgenommen. Bis jetzt sind Verschiebungen von 40 Waggons festgestellt worden, wodurch die Staatsbahn um 120 000 ℳ geschädigt worden ist.

Kundgebungen gegen Schieber und Wucherer.

München, 8. März. (Priv.-Telegr.) Gestern mittag fanden auf dem Leuchtplatz vor der Feldherrnhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richtete. Die demonstrierende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizeiwache und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

Ein Raubversuch auf Bela Khun.

Wien, 8. März. (T.-U.) Zehn ungarische Offiziere versuchten den Leiter der früheren Sowjetregierung Bela Khun aus dem Spital in Stockerau zu entführen. Dem Wächter boten sie 1500 Kronen. Dieser verständigte jedoch die Polizei. Die Offiziere flüchteten darauf im Auto, ohne ihr Vorhaben ausgeführt zu haben. Die Sicherheitsmaßnahmen sind verstärkt worden.

Streikbeschluß der französischen Bergarbeiter.

Bethune, 8. März. (Priv.-Telegr. Der Gewerkschaftskongreß für die Departements Nord und Pas de Calais ist gestern hier zusammengetreten. Da die von Paris gemachten Zugeständnisse als ungenügend erachtet wurden, wurde mit 164 gegen 14 Stimmen der Streik beschlossen.

Nach dem Frieden.

Entente-Manifest über die Wiederaufrichtung Deutschlands und Europas.

Paris, 7. März. Das wirtschaftliche Manifest des, wie der „Temps" mitteilt, auf Anregung der französischen Regierung einige Änderungen erfahren hat, soll gestern abend von London nach Paris telegraphiert worden sein, um zur Genehmigung dem Ministerpräsidenten Millerand unterbreitet zu werden. Inzwischen ist in London laut „Temps" ein Auszug des Manifestes veröffentlicht worden. Das Memorandum beschäftigt sich zuerst mit den Wechselkursen und fährt dann fort:

Die Versuche, die von den Regierungen unternommen wurden, den Wechselkurs zu bessern, können die vollständige Wiederherstellung der Lage nur verzögern. In der Zwischenzeit müssen Mittel gefunden werden, um den Zusammenbruch der geschäftlichen Operationen zu verhindern. Der Oberste Rat glaubt, daß die notwendigen Kredite gefunden werden müssen, sobald die europäischen Regierungen Maßnahmen getroffen hätten, um Vertrauen zu ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Politik zu gewinnen. Der Oberste Rat erkennt an, daß die Wiederaufrichtung der verwüsteten Gebiete und besonders derjenigen in Frankreich für die europäische Wiederaufrichtung unbedingt erforderlich ist.

Ferner hat er die besondere Lage Deutschlands ins Auge gefaßt, wo augenblicklich jedes Unternehmen gehemmt sei und jeder Versuch, Handelskredit zu erlangen, fehlschlage und zwar, weil seine Verpflichtungen zur Wiedergutmachung noch ganz unbekannt seien. Der Oberste Rat glaubt deshalb, es sei außerordentlich wünschenswert und liege im Interesse der alliierten Länder, wenn im Interesse Deutschlands die gesamte Summe der Wiedergutmachungen, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag zu zahlen hat, sobald wie möglich festgesetzt wird. Der Oberste Rat glaubt, daß Deutschland in die Lage versetzt werden muß, die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten, und wenn dies nach Ansicht der Wiedergutmachungskommission notwendig sei, müsse es berechtigt sein, eine Anleihe im Ausland aufzunehmen.

Der Oberste Rat sei überein gekommen, gewisse Leitartikel aufzustellen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu vermindern. Es scheint ihm von großer Bedeutung zu sein, daß die Friedensverhältnisse so rasch wie möglich wiederhergestellt würden. Die Armeen müßten überall auf den Friedenszustand zurückgeführt werden. Jede Regierung müsse sofort die Mittel prüfen, um ihren Völkern die vitale Notwendigkeit zu verstehen zu geben, jede übersteigene Ausgabe zu vermeiden und die notwendigen Ausgaben auf das äußerste zu beschränken. Maßnahmen müßten auch getroffen werden für die Herabsetzung des Kredits und für die Einschränkung des Banknotenumlaufs. Was die verwüsteten Gebiete und besonders die im Norden Frankreichs betrifft, so erklärt das Memorandum, daß die Wiederaufrichtung von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas und für die Rückkehr zu normalen wirtschaftlichen Beziehungen sei. Diese Wiederaufrichtungsarbeit, die große Kapitalien erfordere, die man nicht von laufenden Einnahmen bestreiten könne, könne aber nicht aufgeschoben werden bis zur Zahlung der im Friedensvertrag Deutschland auferlegten Summen. Deshalb erachtet der Oberste Rat es für notwendig, daß die Kapitalien für die Wiederaufrichtung der verwüsteten Gebiete durch Anleihen gefunden werden müssen, als deren Garantie die Wiedergutmachungssumme, die von Deutschland in Ausführung des Versailler Vertrages zu verlangen sei, gelten müsse.

Der Oberste Rat sei ferner entschlossen, im gemeinsamen Interesse Deutschlands und seiner Gläubiger die Deutschland auferlegten Zahlungsfristen zu verlängern, und er habe beschlossen, von seinen Delegierten bei der Wiedergutmachungskommission zu verlangen, daß sie Deutschland von der Verlängerung dieser Fristen in Kenntnis setzen und es fragen, ob es damit einverstanden ist, wie dies im Briefe vom 15. Juni 1919 ausgesprochen sei, daß sobald wie möglich auf der Grundlage der Zahlungsmöglichkeit die Gesamtsumme festgesetzt wird, die Deutschland als Entschädigung zu zahlen hat.

„Der Geist des Vertrages von Versailles ist gestorben."

Der Beschluß des Obersten Rates, Deutschland wieder emporzuhelfen, hat naturgemäß in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Sehr lehrreich ist es, die Wirkung in den einzelnen Ländern zu beobachten. Daß in Frankreich heller Unmut herrscht, ist selbstverständlich, aber es dämmert doch auch dort. Am offensten wird der Umschwung in der Ententepolitik und seine Beweggründe in Italien besprochen, und wir finden dort unsere Auffassung bestätigt, daß England Gegnerschaft gegen das zu mächtig werdende Amerika die erste Triebfeder ist, und dann erst die Erkenntnis der Alliierten, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nur nachkommen kann, wenn es wirtschaftlich wieder gekräftigt ist. So lesen wir in der „Idea nazionale":

„Der Vertrag von Versailles wird formell nicht revidiert, sein Geist ist aber gestorben. Von nun ab beginnt Europa mit der Verwirklichung seiner Reorganisation und der Wiederherstellung des wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichts. Der englische Beweggrund, um jeden Preis sich der Kontrolle Amerikas zu entziehen, ist, den Sterlingkurs zu steigern. England liegt mehr an der Neuschaffung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit als an der deutschen Kriegsentschädigung.

Italien kann so often über diese für uns äußerst wichtigen Dinge reden, denn sein Ministerpräsident Nitti hat bei den jüngsten Konferenzen in London die Frage der Revision des Friedensvertrages befürwortet. Auch regte er eine Verminderung der Besatzungstruppen in den Rheinlanden an. Wegen dieser Haltung wirft man ihm und seinem Kabinett eine Schwenkung in französenfeindlichem Sinne vor. Diese Schlußfolgerung geht aber doch zu weit.

Frankreich fordert Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages.

Paris, 7. März. In der letzten Kammersitzung wurde beschlossen, die Interpellationen über die auswärtige Politik, die ursprünglich am 12. März zur Sprache kommen sollten, auf den 18. März zu verschieben, weil man hofft, daß bis dahin die internationale Lage eine größere Klärung erfahren haben werde. Der Abgeordnete Barthou, der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, worin er die französische Regierung aufforderte, mit aller Kraft für die Aufrechterhaltung des Versailler Friedens einzutreten, dessen Revision das Aufgeben aller Rechte Frankreichs bedeuten würde. Was Deutschland betreffe, seien die Alliierten durch einen gemeinsamen Vertrag gebunden, der für alle Gesetz bleiben müsse. Frankreich wolle dem Vertrag treu bleiben, fordere dies aber auch von allen anderen Ländern.

Die große Anleihe für Deutschland.

Die französische Regierungspresse gibt jetzt zu, daß die Londoner Verhandlungen über die Genehmigung einer deutschen Auslandsanleihe zum Ziele führen dürften. Die französische Forderung, daß die Ausgabe der Anleihe unter der Aufsicht der Wiedergutmachungskommission erfolgen müsse, sei angenommen worden. Diese Kommission werde den Zeitpunkt und die Modalitäten der Anleihe, ebenso wie die Garantien und die Tilgungsfrist zu bestimmen haben. Dem „Echo de Paris" zufolge hat Frankreich das Zugeständnis gemacht, da es den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete als eine internationale Angelegenheit behandeln wolle, womit wohl gesagt sein solle, daß Frankreich seinen Widerspruch gegen die Mitarbeit deutscher Fachleute und Arbeiter aufgegeben hat.

Die Ablehnung Hollands hat nicht enttäuscht.

Basel, 7. März. In der Freitagssitzung des Obersten Rates befaßte man sich mit der Antwort der niederländischen Regierung auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200309-16/fragment/page=0001

die Note der Alliierten wegen der Auslieferung des früheren deutschen Kaisers. Man war über den Inhalt der Antwortnote nicht enttäuscht, da man schon vorher unterrichtet war, daß die Note ablehnend ausfallen werde. Es wurde jedoch innerhalb der Konferenz als besonders schwerwiegend empfunden, daß die holländische Regierung sich weigert, den Kaiser streng zu überwachen, so daß dieser sich mit allen möglichen Umtrieben befassen könne.

Keine Zugeständnisse in der Auslieferung der Handelsflotte.

Berlin, 8. März. Die in der Frage der Auslieferung der letzten deutschen Schiffe nach London gereiste deutsche Kommission, die unter dem Vorsitz des Geheimrat Seliger steht, kehrt am kommenden Freitag nach Deutschland zurück. Der Kommission ist es nicht gelungen, Zugeständnisse in der Auslieferung der Handelsflotte zu erreichen. Es bleibt bei der Anlage 3 des Artikels 236 des Friedensvertrages.

Deutschland und Frankreich brauchen die Demokratie.

In der „D. Allgem. Ztg." wird von einem Diplomaten darüber, wo sich die Interessen Deutschlands und Frankreichs begegnen, ausgeführt, daß wir in Deutschland die Demokratie brauchen, um kein neues 1914 zu erleben und daß die Franzosen die Demokratie brauchen, um eine Garantie dafür zu haben, daß berechtigte Ansprüche aus dem Versailler Vertrage erfüllt und andere, die sich als unmöglich und als unausführbar herausstellen, bei etwaiger Abänderung nicht zu einer militaristischen Erneuerung führen.

Am 14. März Abstimmung in der 2. Zone Schleswigs.

Flensburg, 8. März. Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig teilt mit: Da aus den Zeitungen hervorgeht, daß noch immer Unklarheiten über den Tag der Abstimmung in der zweiten Zone herrschen, machen wir hiermit ausdrücklich bekannt, daß die Abstimmung am 14. März stattfindet.

Auch zu dieser Abstimmung werden wieder Sonderzüge für die Abstimmungsberechtigten fahren. Die Abgangszeiten werden noch bekanntgegeben.

Aus verschiedenen Gegenden des Deutschen Reiches kommen Nachrichten, daß dänische Agenten wie vor der Abstimmung in der ersten Zone am Werke sind, den in der zweiten Zone stimmberechtigten Deutschen ihre Legitimationspapiere abzukaufen oder sie durch schwindelhafte Versprechungen von der Reise ins Abstimmungsgebiet abzuhalten. Da es sich bei dem unsauberen Tun dieser Agenten um einen ebenso gewissenlosen wie raffinierten Versuch handelt, unter Ausnutzung der für Dänemark so günstigen Valuta durch gewaltige Geldmittel zahlreiche Deutsche von der Ausübung des Stimmrechtes abzuhalten, so ist es erforderlich, daß alle, an die die dänischen Agenten mit ihrem schamlosen Anerbieten herantreten, diese Agenten festnehmen und ihre Persönlichkeiten feststellen lassen. Wir können keine deutsche Stimme entbehren.

Flensburg will deutsch bleiben.

Berlin, 8. März. In Flensburg wollten gestern die Dänen noch einmal eine Heeresschau abhalten. Bis in die späten Nachmittagsstunden hinein war in der großen Straße fast jeder Verkehr unmöglich. Kopf an Kopf wogten die erregten Menschenmassen, unablässig wurden patriotische Lieder gesungen. Die Dänen brachten es nicht zu einer Demonstration, zu der sie umfaenende Vorbereitungen getroffen hatten. Sie gewannen, wie die Blätter berichten, den Eindruck, daß die Flensburger deutsch bleiben wollen.

Politische Übersicht.

Frankreich.

Für 8 Milliarden neue Steuern in Frankreich.

Paris, 8. März. Die Finanzkommission der Kammer hat die Steuerentwürfe des Finanzministers Marsal beraten und einstimmig beschlossen, auf die Pläne des Finanzministers Klotz zurückzugreifen, nach denen z. B. die Umsatzsteuer nicht 6 Milliarden, sondern 4 300 000 000 einbringen soll. Auch die Vermögenszuwachssteuer, auf die der Finanzminister verzichtete, wird wieder hergestellt. Schließlich wurde das Ergebnis der neuen Steuern auf 8 580 000 000 festgesetzt. Der Finanzausschuß wird die einzelnen Gesetzentwürfe ausarbeiten, da, wie „Nouvelle" feststellt, die Marsalschen Gesetzentwürfe in der Kammer nicht erörtert werden sollen.

Die Wiedereinführung der Brotkarte in Frankreich.

Die Baseler Preßinformation berichtet aus Paris: Der Magistrat beschäftigte sich am Dienstag mit der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft in Frankreich. Die Brotkarte wird bereits am 1. April wieder eingeführt. Das Kartensystem soll ferner für Mehl, Zucker und Kohle in Kraft gesetzt werden.

Nordamerika.

Für eine Milliarde Mark Gold nach Amerika.

Haag, 6. Febr. Für heute, Sonnabend, wird die Ankündigung einer der größten Goldtransaktionen der Weltgeschichte erwartet. Wie verlautet, beabsichtigen Frankreich und England 250 Millionen Dollars in Gold als Teilzahlung der englisch-französischen Anleihe von 1915 nach Amerika zu verschiffen. Die Meldung verursacht an der New-Yorker Börse einen scharfen Aufstieg der englischen und französischen Wechselkurse.

Die amerikanischen Kriegsteilnehmer fordern eine Entschädigung von 20 Milliarden Dollars.

Basel, 7. März. Nach dem „Echo de Paris" hat die Forderung der ehemaligen amerikanischen Soldaten auf eine Entschädigung, die sich insgesamt auf 20 Milliarden Dollars beläuft, im amerikanischen Kongreß große Erregung hervorgerufen. Die Politiker befürchten die politischen Folgen einer Ablehnung trotz der Schwierigkeiten, dieser riesigen Forderung der Soldaten gerecht zu werden. Es wird der Vorschlag gemacht, diese Entschädigung mit den Schulden, die die Alliierten an Amerika haben, zu bezahlen und von den alliierten Ländern zu verlangen, Schatzscheine auszugeben, die dann Amerika an die ehemaligen Soldaten verteilen könnte.

Eine Kundgebung zur Erneuerung der öffentlichen Verwaltung in Berlin

veranstalteten am Donnerstag den 4. d. Mts. im ehemaligen Herrenhause in Berlin der Deutsche Verband Technisch-wissenschaftlicher Vereine, der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband, der Mitteleuropäische Verband Akademischer Ingenieur-Vereine, der Reichsausschuß der Akademischen Berufsstände, der Reichsbund Deutscher Technik und der Reichsverband der Deutschen Presse. Der Vorsitzende des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes, Dr. Rudolf Schneider (Reichsverband der Deutschen Industrie), begrüßte im Namen der einladenden Verbände die Erschienenen, insbesondere auch die zahlreichen Vertreter der Ministerien und sonstigen Behörden, und wies auf die zentrale Bedeutung der Verwaltungsreform für den Wiederaufbau Deutschlands hin.

Als erster Berichterstatter erörterte der stellv. Vorsitzende des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes Dr. Heinzig (Handwerkskammer Berlin) aus der Reihe der zu lösenden Probleme insbesondere das der Auswahl der höheren Verwaltungsbeamten und zeigte, wie das bisher geübte System der Auslese und Bevorzugung der Juristen gewirkt hat, wie es in der Regel nur die korrekte Mittelmäßigkeit in die höheren Verwaltungsstellen brachte, starke Charaktere und hervorragende Organisationstalente aber fernhielt. Er wies nach, daß die großen, vielseitigen Aufgaben der neuen Gemeinwirtschaft des deutschen Volkes schon während des Krieges, noch zwingender aber nach der Revolution eine Änderung des Systems nötig machten. Je nach den Aufgaben des Verwaltungszweiges sind — ohne die traditionelle Bevorzugung der Juristen — Volkswirte, Juristen, Techniker, Schulmänner, Ärzte u. a. entsprechend ihrer Eignung einzustellen und im Verwaltungsdienst auszubilden. Die Auslese hat nur nach der persönlichen Befähigung und Bewährung zu erfolgen. Der Beamtenkörper darf nicht in Bürokratie anstarren, sondern muß den wechselnden Aufgaben gegenüber elastisch bleiben. Deshalb ist er ständig im gewissen Umfange durch Berufung erprobter Fachmänner des praktischen Lebens in leitende Stellen zu ergänzen. Zu dieser Neuordnung der Auswahl müssen Reformen des inneren Dienstes, des Fachstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Besoldung treten.

Sodann sprach Geheimer Ober-Postrat Professor Dr. Strecker (Reichsbund Deutscher Technik) über die Frage des Nachwuchses. Der Nachwuchs des deutschen Beamtenstandes muß, um den mannigfaltigen Ansprüchen des heutigen Lebens zu entsprechen, auf breiterer Grundlage vor- und ausgebildet werden, als es bisher geschah. Allgemein wird die vollkommenste Vorbildung, das ist ein durch Prüfung abgeschlossenes Hochschulstudium, zu verlangen sein; um die jungen Leute frühzeitig mit dem praktischen Leben bekannt zu machen, sollen sie eine Zeit lang in einem praktischen Beruf tätig sein. Jeder darf die Studienrichtung ergreifen, die seiner Neigung und Begabung zusagt; alle Fachrichtungen, die für die Verwaltung wichtig sind, sollen mit gleichem Rechte zulässig sein. Zum Eintritt in einen Sonderzweig der Verwaltung, z. B. eine technische Verwaltung, genügt das Bestehen einer der jetzt schon üblichen Berufsprüfungen. Junge Leute, die in die höhere allgemeine Verwaltung eintreten wollen, haben außer ihrer Berufsprüfung noch eine ergänzende Verwaltungsprüfung abzulegen, in der sie Kenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften nachzuweisen haben. Die ersten Jahre nach dem Eintreten in die Verwaltung sind der Ausbildung im Beruf des Beamten zu widmen; durch eine Schlußprüfung erwirbt man alsdann das Recht auf Anstellung im Verwaltungsdienst.

Dr. Neubronner (Reichswirtschaftsministerium) führte aus: Die Erneuerung der öffentlichen Verwaltung ist vornehmlich eine Personenfrage. Hierfür liegen bereits gewisse Erfahrungen vor. Seit der Kriegszeit war es erforderlich, fachmännische Persönlichkeiten aus dem praktischen Erwerbsleben zu berufen, die zumeist akademische Vorbildung als Volkswirte, Techniker oder Kaufleute aufwiesen und sich durch ihre späteren Stellungen im praktischen Wirtschafts- und Sozialleben die erforderliche fachmännische Eignung erworben hatten. Hierbei lassen sich zwei Zeitabschnitte unterscheiden, die der Kriegswirtschaft, einer Zeit, in der der Nichtbeamte sich nicht durchzusetzen vermochte, und die des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens. Auf das Nichtdurchdringen dieser Fachleute infolge tatsächlicher Besetzung der entscheidenden Stellen mit Beamten ohne Sachkenntnis führte Neubronner viele Klagen über die Kriegswirtschaft zurück. Hauptsitz der Gegenströmungen sei der Beamtenkörper des Reichsfinanzministeriums, das immer mehr in die Aufstellung der Geschäftsverteilung der anderen Ressorts übergreife. Liege auch größte Sparsamkeit im allgemeinen Interesse, so dürften doch nicht durch verkehrte Sparsamkeit noch größere Schädigungen hervorgerufen werden. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte der Redner Gleichstellung der Praktiker in der Berufs- und Amtsstellung mit den Beamten, feste Regeln für die Übernahme und Auswahl bei Ernennungen und Beförderungen aus dem Kreis der Beamten und Angestellten grundsätzlich nur nach Geeignetheit.

Dr.-Ing. Siebler (Deutscher Verband Technisch-wissenschaftlicher Vereine) führte etwa folgendes aus: Juristen haben unter Verwaltung eine Wahrnehmung der Hoheitsrechte des Staates verstanden und daher im „Verwalten" eine juristische Betätigung gesehen. Verwalten ist niemals in erster Linie eine juristische Tätigkeit gewesen. Verwalten heißt erhalten und entwickeln. Die wichtigsten Verwaltungen sind wirtschaftliche Verwaltungen. Sie dürfen nicht nach administrativen, sondern müssen nach wirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaut werden. Kaufmännischer Geist muß in die Verwaltung einziehen: Nicht nur in der technischen Durchführung der Fachaufgabe, sondern auch in der Verwendung der Personen. Mit einem möglichst geringen Personal muß möglichst große Leistung erzielt werden. Für jedes Aufgabengebiet muß der Beamte zuständig sein, der die zur Lösung nötigen Kenntnisse und Erfahrungen mitbringt. Demnach werden als Referenten einer Behörde immer Vertreter verschiedener Berufsausbildungen, wie Juristen, Volkswirte, Techniker, Schulmänner, Ärzte, Kaufleute benötigt. Alle müssen einander gleichberechtigt sein. Für die Besetzung der Referentenstellen kann also nur Sachkunde entscheidend sein. Für die Besetzung der leitenden Stellen dagegen ist die Fach- und Berufsrichtung nicht ausschlaggebend. Fähigkeit zur Leitung ist eine Charaktereigenschaft, die nicht durch einen bestimmten Ausbildungsgang gewonnen, wohl aber durch Leben und Praxis entwickelt werden kann. — Namens der einberufenden Verbände legte der Referent folgende Richtlinien vor:

1. Der deutsche Beamte soll charakterfest und unbestechlich, berufs- und verantwortungsfreudig sein und nur das Wohl der Allgemeinheit im Auge haben. Er soll für seinen Beruf auf die vollkommenste Weise vor- und ausgebildet werden.

2. Die Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst wird durch ein abgeschlossenes Hochschulstudium, verbunden mit praktischer Tätigkeit, die Ausbildung durch einen mehrjährigen Vorbereitungsdienst gewonnen. Für den Eintritt in die höhere allgemeine Verwaltung sind alle Studienfächer, deren Gegenstand für die Verwaltung von Bedeutung ist, mit gleichem Rechte zulässig; die Anwärter werden auf Grund einer Verwaltungsprüfung angenommen, welche die bereits abgelegten Berufsprüfungen ergänzt. Für den Eintritt in die Sonderzweige der Verwaltung ist die durch Prüfung abgeschlossene höhere Fachausbildung Voraussetzung.

3. In die höheren Stellen aller Verwaltungszweige sind auch Personen jeder Vorbildung, die durch Leistungen ihre Eignung nachgewiesen haben, zu berufen. Sie sollen hierbei ohne Rücksicht auf Dienstalter eine ihrer Tätigkeit entsprechende Stellung erhalten.

4. Zu Referenten oder Mitgliedern einer Behörde sollen nur vollkommen durchgebildete und erfahrene Fachmänner gewählt werden. Jedem ist die seiner Fachrichtung entsprechende Tätigkeit zuzuteilen, die er selbständig und verantwortlich ausübt. Die Referenten oder Mitglieder der Behörde arbeiten gleichberechtigt unter dem Vorsitz der leitenden Beamten.

5. In leitende Stellen oder zum Leiter einer Behörde sind nur Persönlichkeiten zu berufen, die die Befähigung zur Geschäftsleitung bewiesen haben. Fach- und Berufsrichtung geben hierbei nicht den Ausschlag.

Prof. Dr. Krueger (Deutscher Volkswirtschaftlicher Verband) hob hervor, daß die Richtlinien wie die Referate klar zeigten, daß keineswegs ein Sturmlauf auf die Juristen schlechtweg in der höheren Verwaltung beabsichtigt sei. Das Interesse der Allgemeinheit des deutschen Volkes an einer fachgemäßen Verwaltung sei ausschlaggebend. Leider seien neue Strömungen am Werk, um die in den letzten Jahren erzielte Übernahme bewährter Politiker jeder Vorbildung in die höhere Verwaltung hintanzuhalten. Bezeichnend dafür sei eine Bestimmung des Regierungsentwurfs der neuen Preußischen Städteordnung. Danach müsse in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern entweder der Bürgermeister oder ein hauptamtlicher Beigeordneter die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben. Da die kleineren Städte aber vielfach neben dem Bürgermeister keinen hauptamtlichen Beigeordneten haben können, würde diese Bestimmung, wenn sie Gesetz werde, eine Art von Monopol insbesondere der Gerichtsassessoren für die Bürgermeisterstellen bedeuten, obwohl gerade der wirtschaftliche Wiederaufbau auch in den Stadtverwaltungen wirtschaftlich geschulte Persönlichkeiten verlange. Ebenso bezeichnend sei die Aufrechterhaltung des Assessorenmonopols bei der Reform der preußischen Finanzverwaltung.

Expedierender Sekretär Wermke vom Reichs-Patentamt führte aus, daß den mittleren Beamten der Aufstieg in die höhere Laufbahn bisher nicht möglich gewesen sei. Erfahrene und tüchtige Ingenieure des mittleren Dienstes seien für den höheren Dinst heranzubilden. Für die Übergangszeit komme in Frage, mittlere Beamte, welche ihre Befähigung für den höheren Dienst durch ihre Leistungen und die Art ihrer Tätigkeit bereits nachgewiesen hätten, gegebenenfalls unter Erweiterung ihrer bisherigen Zuständigkeit, zu höheren Beamten zu ernennen. Allgemein müsse angesichts der gesteigerten Anforderungen an die Tätigkeit der Behörden von den mittleren Beamten, insbesondere aber von den Anwärtern für den höheren Dienst, eine Erweiterung und Vertiefung ihrer wissenschaftlichen Kenntnisse verlangt werden, und zwar durch eine erhöhte, möglichst abgeschlossene Schulbildung oder eine dieser gleichgeartete sonstige Vorbildung und durch erhöhte Fachkenntnisse, wofür die neu gegründeten Verwaltungs-Akademien geeignete Möglichkeiten bieten würden.

Nach weiteren Ausführungen von Dr. Löwe (Reichswirtschaftsministerium), Dr. Ed. Lange (Auswärtiges Amt), H. Lüdemann (Reichsarbeitsministerium), Dr. Hochstetter (Auswärtiges Amt), Prof. Dr. Hufmeister für den deutschen Dolmetscherbund sowie des Reg.-Assessors v. Harnack im Namen des preußischen Kultusministeriums wurde vom Vorsitzenden Dr. Heinzig festgestellt, daß die vorgelegten Richtungen der grundsätzlichen Auffassung der Versammlung entsprechen. Er schloß die Tagung mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Tatsache, daß sich zum ersten Male die verschiedenen großen Berufsstände zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammengefunden haben. Diese gemeinsame Arbeit werde von den zentralen Verbänden fortgeführt werden.

Provinz und Umgegend.

h. **Halle**, 8. März. Die Bühnenangehörigen des Stadt-Theaters haben das ihnen gemachte Angebot an Gehaltserhöhungen bis zum Höchstsatze von 30 Prozent abgelehnt und beharren auf ihrer Forderung von 60 Prozent.

h. **Weißenfels**, 8. März. Der hiesigen Polizei gelang es eine Bande schwerer Einbrecher, die in den letzten Wochen förmliche Raubzüge in den Fabrikbetrieben ausgeführt haben und Waren von etwa 200 000 M erbeuteten, dingfest zu machen. Es sind dies die Arbeiter Robert Weigelt, Helmut Meißner und Kurt Schönfeld. Bei der Festnahme mußten die Beamten von der Waffe Gebrauch machen, da sich die Einbrecher mit der Waffe zur Wehr setzten. Auch einige gewerbsmäßige Hehler sitzen hinter Schloß und Riegel.

h. **Thale**, 8. März. Der Fuhrwerksbesitzer Richard Sommer wurde wegen Diebstahls von Eichenstämmen im Werte von 26 000 M, die der Firma Graeb & Söhne in Halle gehörten, verhaftet.

*

Landratsbeamte als Schieber.

Kassel, 8. März. Es erregte in Siegen großes Aufsehen, daß vier Landratsbeamte als Schieber entlarvt und verhaftet wurden, darunter der Kreissekretär Schmidt. Sie und andere Bürobeamte hatten monatelang Hunderte von Zentnern amerikanisches Weizenmehl, welches dem Kommunalverband für die Bevölkerung des Siegerlandes überwiesen wurde, verschoben. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

32. Landtag der Provinz Sachsen.

2. Sitzung am 8. März 1920.

Der Präsident Cludius eröffnet 10.12 Uhr die Sitzung. Anwesend ist der Oberpräsident Hörsing. Einen breiten Raum nimmt die Verlesung der eingegangenen Vorlagen in Anspruch.

Der 1. Punkt der Tagesordnung wird nach kurzer Erörterung einer 13gliedrigen Kommission überwiesen.

2. Punkt: Wahlen zum Feuersozietäts-Ausschuß. Der Antrag, den Haushaltsausschuß auf 19 Mitglieder zu erhöhen, wird gegen die U. S. P.-Stimmen angenommen.

Es erfolgt sodann die Wahl der Kommissionen.

Namens der Mehrheitssozialisten wird eine Erklärung abgegeben, wonach die Fraktion sich vorbehält, bei sich ergebenden Notwendigkeiten die Bildung weiterer Kommissionen zu beantragen.

3. Landeshauptmann v. Wilmowski: In der Zeit, in der wir heute leben, ist mit einem Zusammentreten aller zwei Jahre nicht mehr auszukommen. In Zukunft wird der Landtag jedes Jahr zusammentreten, mit der alten Tradition muß gebrochen werden. Für die Verwaltung kann es nur von Nutzen sein, Hand in Hand mit dem Landtag zu arbeiten. Der Landeshauptmann geht dann näher auf den vorliegenden Haushaltsplan ein. Die Lage sei sehr schwierig. Bei der Erwähnung der Waisenkinder, von denen viele in den Krieg gezogen seien, kommt es zum ersten Zusammenstoß mit den Unabhängigen, die nach einem Kriegsgericht rufen. Die Straßen sind in schlechtester Lage, eine Folge des Zusammenbruchs des Eisenbahnwesens. Die Elektrizitätsversorgung ist trotz aller Hemmnisse ein Stück vorwärts gekommen. Die Schulden von 29,3 Mill. sind auf 25,5 verringert worden. Das oberste Gebot bei der Prüfung des Etats sei: die Wohlfahrt für die Provinz Sachsen zu mehren.

Abg. Kaspareck (U. S.): Die neue Staatsordnung verlangt eine tätige Anteilnahme aller Bevölkerungsschichten. Auch den Frauen ist dies möglich geworden. Leider tritt das hierfür nicht in Anwendung. Die Schuld liegt in dem indirekten Wahlrecht. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Die Provinz Sachsen hat doch eine überwiegend sozialistische Bevölkerung. Hörsing hat gleichfalls bedauert, daß dieser Zustand herrscht. Es ist bedauerlich, daß hier Herren wie v. Bismarck anwesend sind. (Bewegung und Lachen.) Die Landesversammlung wird eine neue Vorlage schaffen müssen. Wir behalten uns vor, bezügliche Anträge zu stellen und wollen mitwirken an der neuen Provinzialordnung. Gegen früher sei ein Fortschritt erzielt, Regierungssozialisten sind ja landratsfähig. In Halle seien die Zustände ganz rigoros. Hier regierte die feudale Herrschaft. Es war ein Museumsstück. Als abschreckendes Beispiel für . . . (Der Redner wird hier vom Präsident unterbrochen, welcher bittet, die Form der Verhetzung zu meiden.)

Abg. Kasparek fortfahrend: Wir sind gekommen, um mitzuarbeiten. Der Oberpräsident hat selbst davon gesprochen, daß dieser Landtag in der Provinz mehr Beachtung finden wird. Es ist bedauerlich, wenn sie in der Verhandlung derart störend verfahren. Die Parteifreunde des Oberpräsidenten sind an dem „Wahlrecht" schuldig. Warum das indirekte Wahlrecht? Warum klebt man so am Alten? Wir hätten ein anderes geschaffen! (Lachen und Beifall.) Es folgt dann ein scharfer Ausfall des Redners gegen Hörsing wegen Oberschlesien, worauf er durch den Präsidenten unterbrochen wird, der nochmals bittet, persönliche Anschuldigungen zu unterlassen.

Abg. Kasparek fortfahrend: Die freie Entfaltung wird gehemmt. Der Etat ist ein Spiegelbild der unermeßlichen schweren Not, in der sich das Volk in seiner Allgemeinheit befindet. Dem Aufbau stellt sich das Elend in den Weg. Die finanziellen Grundlagen sind furchtbar schlecht. Die meisten Gemeinden sind heruntergewirtschaftet. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist zertrümmert. Mitschuldig sind alle, die am 4. August 1914 alles bewilligt haben. Dadurch sind wir dahingekommen. Das Empörendste ist, daß die Not von einer gewissen Seite als Folge der Revolution hingestellt wird. Der Steuersatz wird verdoppelt werden müssen. Wenn wir dem Etat zustimmen, dann nur, wenn unsere Wünsche anerkannt werden. Der Landtag hätte viel früher einberufen werden müssen. Wir sind dafür zu haben, daß die Elektrizitätsversorgung und das Verkehrswesen auf die Höhe gebracht werden. Auch hierbei hat sich stets großer Agraier-Einfluß bemerkbar gemacht. — Es wird höchste Zeit, daß eine Änderung eintritt. Die Bevölkerung muß auch bei den Anstalten mitwirken, das ist eine soziale Pflicht. Der Einfluß der Kirche muß gebrochen werden. Die U. S. P. tritt für ein Zusammengehen zwischen Stadt und Land ein. Aber die Landbevölkerung wird verbrecherisch, wenn sie zur Zurückhaltung der Lebensmittel auffordert. (Großer, langanhaltender Lärm.) Die Bildungsmöglichkeiten sind sehr knapp und vernachlässigt worden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt der Redner wiederholt zu Anrempelungen der Rechten. Die Angestellten und Beamten auf dem Lande will man wieder in den Zustand der alten Sklaverei zurückführen. Das Koalitionsrecht darf nicht angetastet werden. Der 8-Stunden-Tag darf nicht angetastet werden. Dieser Tag muß aber ausgenutzt werden, besonders von den höheren Beamten! Alle Arbeitsunlust kommt durch Bedrückung. Die Vorbedingung ist die politische Freiheit.

Der Präsident unterbricht mit dem Hinweis, daß über den Belagerungszustand, auf den der Redner kommt, am anderen Tage verhandelt wird.

Abg. Kasparek fortfahrend: Wir wollen mitarbeiten an dem Aufbau. Nur mit Hilfe rascher Sozialisierung können wir die Gesundung herbeiführen. Mit der Mahnung: Entweder Sozialisierung oder Barbarei schloß die über 2stündige Rede des unabh. Abgeordneten.

Abg. Oberbürgermeister Bansi (Dnt.): Die Provinz Sachsen ist bisher immer ein Muster gewesen. Die alte Verwaltung hat viel dazu beigetragen und ihr muß Dank gesagt werden. Die Wahlordnung ist ausgegangen von der die Mehrheit repräsentierenden Koalitionsregierung. — Der Redner spricht bei Redaktionsschluß weiter.

Merseburg und Umgegend.

8. März.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Dreitägige Anmeldung aller Versammlungen.** Uns wird mitgeteilt: Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß die Verfügung des Generals Maercker vom 20. Januar 1920 noch zu Recht besteht, wonach alle Versammlungen drei Tage vor Abhaltung schriftlich beim Kommandeur der 1. Landesjäger-Abteilung anzumelden sind. Unterlassungen werden vom Staatsanwalt verfolgt. Durch die Post der 1. Abteilung zugeleitete Anmeldungen müssen so frühzeitig aufgegeben werden, daß sie volle 3 Tage vor der beabsichtigten Abhaltung bei der 1. Landesjäger-Abteilung eingetroffen sind.

** **In das Güterrechtsregister des hiesigen Amtsgerichts** ist folgendes eingetragen: Der Dreher Arthur Herba in Merseburg hat seiner Frau Frieda geb. Berger das Recht entzogen, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte ihres Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. — Der landwirtschaftliche Arbeiter Otto Jäger in Vissen hat seiner Frau Minna Jäger geb. Albrecht die Befugnis entzogen, Waren auf seinen Namen auf Kredit zu kaufen.

** **Pässe zur Reise nach Oberschlesien.** Während der Besetzung Oberschlesiens durch die interalliierte Kommission wird die Vorweisung eines ordnungsmäßig ausgestellten Passes für das Betreten dieses Gebietes gefordert. Die Pässe müssen mit einem französischen Sichtvermerk versehen sein, der in Deutschland durch die Kanzlei der französischen Gesandtschaft in Berlin angebracht wird. Nach Wiedereinrichtung der französischen Konsulate sind auch diese zur Erteilung des Sichtvermerks berechtigt.

** **Die Rettungsmedaille in neuer Gestalt.** Die Rettungsmedaille, die seit der Revolution nicht mehr verliehen worden ist, wird jetzt wieder ausgegeben, und zwar für Rettungstaten, die bis zum 31. Dezember v. J. geschehen sind, in der alten Prägung, für spätere Fälle in einer neuen Ausführung. Das Ministerium des Innern hat einen Künstlerausschuß mit dem Entwurf der neuen Rettungsmedaille beauftragt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131920030 9-16/fragment/page=0002
DFG

** **Bekleidungsstoffe.** Anträgen an das Reichsschatzministerium auf Überweisung von Bekleidungsstoffen, Wäschestücken, Lebensmitteln und Rauchwaren an bestimmte Bevölkerungsklassen kann von diesem nicht entsprochen werden. Die Versorgung der in Kleidungsnot befindlichen Bevölkerung gehört zu den Aufgaben der von dem Reichswirtschaftsministerium organisierten Textilnotstandsversorgung (G. m. b. H.). Bezüglich der Beamten mit Textilien ist eine Sonderregelung dahingehend vorgesehen worden, daß die dem Deutschen Beamtenbund angegliederten Beamtenvereine ermächtigt werden, ihren Mitgliedern Bescheinigungen über den dringenden Bedarf an Kleidungsstücken und Wäsche auszustellen. Auf Grund dieser Bescheinigungen werden sodann den Beamten von den zuständigen Kommunalverbänden ohne jede weitere Prüfung Berechtigungsscheine ausgehändigt. Anträge auf Belieferung mit Lebensmitteln sind stets nur an das für die Bewirtschaftung von Lebensmitteln zuständige Reichswirtschaftsministerium, Abteilung V. Mohrenstraße 48, in Berlin zu richten. Die gesamten von der Heeresverwaltung freigegebenen Bestände an Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak wurden an die Wirtschaftsgemeinschaft Hamburg zur gleichmäßigen Verteilung über das Deutsche Reich übereignet. Die Verteilung der Rauchwaren ist inzwischen bereits soweit vorgeschritten, daß weitere Abgaben nicht mehr vorgenommen werden können.

** **Zentral-Nachweise-Amt für Kriegerverluste und Kriegergräber.** Mit dem 1. 10. 1919 sind 1. das Zentral-Nachweise-Büro des ehem. preuß. Kriegsministeriums; 2. das Zentral-Nachweise-Büro des Reichsmarineamts; 3. das Nachweise-Büro des ehem. bayer. Kriegsministeriums; 4. das Nachweise-Büro des ehem. sächsisch. Kriegsministeriums; 5. das Nachweise-Büro des ehem. württemb. Kriegsministeriums; 6. die Kriegsgräberfürsorge-Abteilung des ehem. preuß. Kriegsministeriums; 7. die Zentralstelle für Nachlaßsachen des ehem. preuß. Kriegsministeriums zu einer dem Reichs-Ministerium des Innern nachgeordneten Zivilbehörde vereinigt worden, unter der Bezeichnung „Zentral-Nachweise-Amt für Kriegerverluste und Kriegergräber“ in Berlin, Dorotheenstr. 48. Die Abteilungen Bayern, Sachsen, Württemberg, Marine sowie Abteilung IX. (Zentralstelle für Nachlaßsachen) sind in ihren bisherigen Büroräumen in München, Dresden, Stuttgart und Berlin verblieben. Die Zentrale des Zentral-Nachweise-Amts sowie die gesamte Abteilung Preußen befindet sich in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48. Die Tätigkeit des Z.-N.-Amts erstreckt sich nach wie vor auf die bekannten Gebiete.

** **Die Anlagen des ersten Schrebergärten-Vereins** in der Nordstraße sind in der mondhellen Nacht vom Donnerstag zum Freitag vergangener Woche von Dieben heimgesucht worden. Dieselben haben eine ganze Anzahl Fensterscheiben zertrümmert, um sich Eingang in die Gartenlauben und das Vereinshaus zu verschaffen. Aus letzterem sind sämtliche rotgemusterte Tischdecken und die aus grauem Drell gefertigten Fenstervorhänge, die eine aufgenähte rote Kante haben, gestohlen worden. Aus den Lauben haben die Spitzbuben Gardinen, Kleidungsstücke, Handwerkszeug, Schuhe und Halbstiefeln entwendet, vieles auch noch verschleppt und umhergeworfen, aber in den Gärten liegen lassen, da ihnen der Raub wahrscheinlich zu umfangreich geworden ist. Um alles bequemer wegzuschaffen, hat man einem der Laubenbesitzer den zufällig dort gelassenen Handwagen, ein kleines graues Gefährt mit neuen Rädern, entführt. Die Spuren dieses Wagens, sowie zweier Personen, konnten von den Schrebergärten bis zu der nahen Sandgrube auf dem Feldwege verfolgt werden, gingen dann aber verloren. Sollte sich über den Verbleib des Wagens usw. etwas ermitteln lassen, wird jedermann gebeten, Verdachtsmomente irgend welcher Art der hiesigen Polizeibehörde anzuzeigen.

** **Der Frühjahrsjahrmarkt** hat auf dem Marktplatz vor dem Rathause wieder eine Budenstadt erstehen lassen, in der die Händler ihre Ware „für billiges Geld“ anbieten. Es gibt allerlei schöne und neue Sachen, die die Neugierde fesseln, am meisten vorhanden sind aber wohl die leckeren süßen Sachen, von denen sich ein Stand an den anderen reiht. Die Anfuhr auf dem Roßmarkt ist aber gegen sonstige Märkte ziemlich zurückgeblieben. Der Marktverkehr ist bis jetzt mäßig.

** **Vereinigung heimatstreuer Oberschlesier (Ortsgruppe Merseburg).** Die am 6. d. Mts. abgehaltene Versammlung der heimatstreuen Oberschlesier war von etwa 40 Personen besucht und wurde von dem 1. Vorsitzenden begrüßt und eröffnet. Unter der Devise „Treu sein heißt deutsch sein“, ermahnte er zunächst die Landsleute, daß es jetzt an der Zeit sei zu zeigen, daß sie als deutsch denkende und fühlende Oberschlesier treu zur alten Heimat halten und sie auch in den Zeiten der Not nicht verlassen. Anschließend erklärte der Redner das Zusammenarbeiten des Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche und der Arbeitsgemeinschaften mit den vereinigten Verbänden heimatstreuer Oberschlesier, sowie die von den einzelnen Organisationen übernommenen Arbeitsgebiete. Neu aufgenommen wurden 21 Mitglieder. Infolge der sich immer noch meldenden Abstimmungsberechtigten hat sich die Einteilung eines dritten Obmannsbezirks als notwendig erwiesen, für welchen einzelne Ortschaften des Geiseltales in Frage kommen. Damit allen stimmberechtigten Bergleuten die Möglichkeit zur Teilnahme an den Versammlungen gegeben ist, wurde beschlossen, dieselben in Zukunft an den Sonntagen abzuhalten. Bei der zum Schluß erfolgten Wahl des endgültigen Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt und die Wahl wurde von allen Beteiligten angenommen. Um 10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

** **Der Verein ehemaliger Artilleristen** beging gestern bei zahlreichem Besuch sein 39. Stiftungsfest in den Räumen der „Funkenburg“. Eingeleitet wurde das Fest durch Konzertvorträge einer aus alten geübten Militärmusikern bestehenden Kapelle. In der Begrüßungsansprache dankte der Vorsitzende, Rechnungsrat Eichardt, den Gästen, die zu dem nach 6 Jahren wieder zu feiernden Stiftungsfest erschienen waren. Gewaltige Veränderungen seien in der Zwischenzeit vor sich gegangen. Damals war unser Volk eine der angesehensten Mächte der Erde, heute herrscht das tiefste Elend bei uns. Trotz aller Siege ist das deutsche Heer zertrümmert worden. Nicht wenig hat hierzu die Länge des Krieges beigetragen. Nachdem viele Krieger zunächst den Kriegervereinen ferngeblieben seien, beginnen sie jetzt mehr und mehr, sich den Vereinen anzuschließen. Auch der Verein ehemaliger Artilleristen habe eine erfreuliche Steigerung seiner Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Pflege des deutschen Bürgersinns sei eine der Hauptaufgaben des Vereins. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau eines gesunden kräftigen Deutschtums und einem Hoch auf das deutsche Vaterland. Aus der Reihe der gutgelungenen Vorträge sind besonders hervorzuheben ein eindrucksvoller Vorspruch von K. Weidemann, zwei Soli für Violine (Sekretär Kunze) und Klavier (Lehrer Busch), die vielen Beifall fanden, und der Kadelburgsche Schwank „In Zivil“, der die Zuhörer in eine durchaus lustige Stimmung brachte. Ein Festball endigte die harmonisch verlaufene Feier. G.

** **Merseburger Musikerverein.** Der für den 16. März in Aussicht genommene Liederabend von Frau Elisabeth Schumann muß leider bis in den April verschoben werden, da die bekanntlich an der Wiener Staatsoper an hervorragender Stelle beschäftigte Künstlerin wegen Veränderung des Spielplanes im Monat März nicht hat beurlaubt werden können.

** **Tivoli-Theater.** Es sei nochmals ganz besonders auf die am Dienstag stattfindende volkstümliche Vorstellung „Der Pfarrer von Kirchfeld“ von Anzengruber hingewiesen. Bei den wirklich ganz ausnahmsweise billigen Eintrittspreisen von 1,20 ℳ sei der Besuch dieser Vorstellung ganz besonders empfohlen, damit es der Direktion nicht gleich von Anfang an unmöglich gemacht wird, weitere billige Vorstellungen zu bieten. — Donnerstag wird als Benefiz für Kapellmeister Leo Simonsohn die melodienreiche Johann Straußsche Operette „1001 Nacht“ gegeben. Die Vorstellung wird einen ganz besonderen Genuß bieten, da sie mit vollem Orchester in Szene geht.

*

Weniger Auslandsfleisch!

Wie die „Berliner Redaktion“ erfährt, kann infolge der schlechten Valuta in den nächsten Monaten voraussichtlich an die Bevölkerung ausländisches Schweinefleisch nicht mehr geliefert werden. Was davon beschafft werden kann, soll zunächst den Bergarbeitern zukommen, die sich zur Leistung von Überstunden verpflichtet haben. Bei der Wichtigkeit stärkerer Kohlenförderung muß die Bevölkerung sich mit der Vorzugsbelieferung der Bergarbeiter einverstanden erklären. Die übrige Bevölkerung wird darum in den nächsten Monaten auf die Belieferung mit Speck verzichten müssen. Die Kranken in den Lungenheilstätten sollen wie bisher versorgt werden. Auch treten in der Versorgung der gesamten Bevölkerung mit amerikanischem Gefrierfleisch, Cornedbeaf und Fleischkonserven keinerlei Veränderungen ein.

*

Elternbeiratswahlen.

Volksschule I. Bei der gestern vorgenommenen Wahl der Elternbeiräte an der Volksschule I (Windberg) wurden im ganzen 184 Stimmen abgegeben. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug gegen 800 Personen. Die Wahlbeteiligung war demnach recht schwach. Es entfielen auf die Liste Wartemann (U. S.) 109, auf die Liste Herm. Henneberg (unpolitisch-christl.) 54, auf Liste W. Schulze (Dem. und Soz.) 17 Stimmen, 1 Stimme war zersplittert. Die einzelnen Parteien werden demnach in der Stärke von 11, 5 und 1 ihre Mitglieder in den Elternbeirat entsenden.

Volksschule II. Die Wahlbeteiligung bei der Wahl der Elternbeiräte am gestrigen Sonntag war auch an der Volksschule II (Altenburg und Neumarkt) eine recht schwache. Bei etwa 1200 Wahlberechtigten beträgt die Zahl der gültigen Stimmzettel 237. Von diesen entfallen auf Vorschlag I (Unpol.-Christl., Liste Weiberg) 56, Wahlvorschlag II (Dem. und Soz., Liste Rienecker) 51, Wahlvorschlag III (Unabh. Soz., Liste Hesselbarth) 130. Es erhalten dementsprechend Liste Weiberg 5, Liste Rienecker 4 und Liste Hesselbarth 12 Sitze. Gewählt sind in den Elternbeirat: 1. Heinrich Weiberg, 2. Klara Wolf, 3. Karl Maygatt, 4. Rudolf Binder, 5. Karl Goetze, 6. Emil Rienecker, 7. Richard Fiedler, 8. Hugo Mehler, 9. Friedrich Weber, 10. Franz Hesselbarth, 11. Karl Zeiseweiß, 12. Franz Herwig, 13. Anna Herwig, 14. Bruno Zeise, 15. August Ackermann, 16. Richard Kind, 17. Hugo Rettinger, 18. Auguste Rettinger, 19. Richard Morgenstern, 20. Franz Nietzelt, 21. Ernst Lehnert.

Sport-Nachrichten des „Merseburger Korrespondent“.

Die Kreisligaspiele

fielen gestern aus, da Förderer und Burkhardt vom V. f. L.-Halle und Meißner von „Borussia“ mit der mitteldeutschen Repräsentationsmannschaft nach Breslau fahren mußten.

Über das Spiel unseres V. f. L. in Leipzig gibt uns unser Bch.-Mitarbeiter nachstehenden Eigenbericht:

Spielvereinigung-Leipzig— V. f. L.-Merseburg 5:2.

Beide Mannschaften lieferten auf dem Spielvereinigungs-Platze in Lindenau vor etwa 1800 Zuschauern ein Spiel, das eben noch das Niveau des Mittelmäßigen erreichte. Die Ursache lag in dem ungemein scharfen Seitenwind und in dem sehr leichten Ball. Leipzig war besser in Bezug auf Taktik, technisch herrschte Gleichwertigkeit. Merseburg verstand sich nicht, verscherzte sich viel durch Verständnislosigkeit gegenüber den Schwächen des Gegners, der davon allerdings nicht allzuviel darbot. Bei der Spielvereinigung sah man unter anderen Größen den Repräsentativen Dathe, ferner Mückenheim und als Verteidiger Rockosch, bekannt und berühmt aus dem letzten Länderspiele Deutschland—Holland. Merseburg beging den Fehler, das Spiel in der ersten Hälfte zu einseitig auf den rechten Flügel zu verlegen. Das rächte sich. Im Sturm war Thon I der Beste, die anderen versagten mehr oder weniger. Dem Innentrio fehlten Energie und Plazierungskunst. Davon besaß die Spielvereinigung um so mehr. Ihr Sturm entschied das Spiel. Bei Merseburg wurde der Ball viel zu lange von den einzelnen Stürmern gehalten, was unbegreiflich war. Eine Umstellung der Angriffsreihe des V. f. L. ist unbedingt Erfordernis.

Der V. f. L. ließ sich auch gestern wieder überrumpeln, so daß die Spielvereinigung bis Halbzeit drei Tore vorlegen konnte. Da die Mitte der Leipziger merkwürdigerweise trotz ihrer Gefährlichkeit immer wieder ungedeckt blieb war es für sie ein Leichtes, diesen andauernden taktischen Fehler der Merseburger genügend auszunützen. Nach dem Wechseln bedurfte es erst noch eines vierten Tors, um den V. f. L. zum Bewußtsein der Situation zu bringen. Leipzig wurde jetzt stark zurückgedrängt und mußte sich hart wehren, bis Thon I doch schließlich einen seiner Bombenschüsse mit Erfolg anbringen konnte. Bei einem Vorstoß revanchierte sich der Gegner mit dem 5. Tor, dem die Merseburger kurz vor Schluß nach in der zweiten Halbzeit vorwiegend überlegenem Spiele ihr zweites entgegenzusetzen vermochten. Gute Leistungen zeigten beide Torwächter.

Der **Meister des Mittelelbgaues**, Sportklub „Preußen“-Magdeburg, wird, wie wir hören, am kommenden Sonntag in Merseburg gegen unseren V. f. L. antreten. Wir werden damit endlich einmal wieder einen wirklich hochklassigen Wettkampf in unserer Stadt zu sehen bekommen. Hoffentlich vereitelt uns der Wettergott nicht in letzter Stunde den hohen Genuß eines solchen Spieles, dessen Abschluß nur mit Freude begrüßt werden kann.

„Preußen“ I unterliegt gegen Dölauer „Fortuna“ I 3:0.

Vor einer ansehnlichen Zuschauermenge standen sich obige Mannschaften gestern auf dem Rulandtsplatz im Verbandsspiel gegenüber. Die Dölauer rechtfertigten den ihnen vorausgehenden guten Ruf und schlossen ihrem letztsonntäglichen Unentschieden gegen „Preußen“-Halle einen einwandfreien glatten Sieg über die hiesigen Schwarz-weißen an. Über den Gang des Spieles folgendes: „Preußen“ hat Anstoß, welcher jedoch nicht zur Entwickelung kommt und die Dölauer ziehen gleich vor das „Preußen“-Tor. Nachdem der erste Eckball für Dölau ausgegangen ist, entwickeln die Hiesigen ein flottes Tempo und belagern, trotzdem sie einen schweren Stand gegen den Wind haben, längere Zeit das Tor des Gegners, aber leider ohne Erfolg. „Fortunas“ Sturm, vor allem der Mittel- und die beiden Innenstürmer, unternehmen öfters recht gefährliche Durchbrüche, und erzielen aus einem solchen auch das erste Tor. „Preußen“ drückt nachdem wieder merklich, kann es aber nicht verhindern, daß die Gäste fünf Minuten vor Halbzeit durch einen gut verwandelten Eckball zum zweiten Male einsenden. Mit 2:0 werden die Seiten gewechselt. Die Schwarzweißen, jetzt mit dem Wind im Rücken, verlegen das Spiel zum größten Teil in die Hälfte des Gegners, beim Sturm fehlt jedoch der genügende und sichere Schuß und nebenbei haben sie auch reichliches Pech, so daß jede Chance fehlgeht. 5 Minuten vor Schluß kann Dölau infolge eines abermaligen Durchbruches das Resultat auf 3:0 stellen; sogar das Ehrentor blieb den Hiesigen versagt. Der Schiedsrichter (Menzel-Hohenz.) leitete das Spiel einwandfrei. — „Preußen“ II konnte vom „V. f. V.“ II-Lettin die Punkte kampflos einstreichen, da der Gegner nicht angetreten war. — „Preußen“ IV setzte ihren bisherigen Verbandsspielen die Krone auf und errang mit dem schönen Sieg von 3:1 über „V. f. L.“ V in Halle die „Meisterschaftswürde“ der 4. Klasse des Saalegaues. — Die I. Jugendmannschaft knöpfte der I. Jugendmannschaft des Tv. Giebichenstein mit einem glatten Siege von 6:0 zwei Punkte ab.

„Hohenzollern“ I—„V. f. V.“ I-Lettin 1:3

abgebrochen. Von nur 20 Minuten Dauer war das Verbandsspiel obiger Gegner in Lettin am gestrigen Sonntag. Denn während dieser Zeit wurden von dem Schiedsrichter („Sportfrd.“-Halle) in seltsamer Entscheidung zwei Leute von „Hohenzollern“ vom Felde verwiesen. Bis dahin führten unsere Merseburger mit 1:0 und hätten mit voller Mannschaft das Resultat auch leicht höher geschraubt. Da aber nun die Stützen in der Läuferreihe fehlten, gelang es Lettin bald, gleichzuziehen und die Führung zu erringen. Bald darauf müssen zwei weitere Spieler von „Hohenzollern“ verletzt das Feld verlassen, und da man mit sieben Mann nicht mehr ein Wettspiel austragen kann, muß der Kampf vom „Unparteiischen“ abgepfiffen werden. — „Hohenzollern“ IV—„Germania“ III 5:2 (1:0). — „Hohenzollern“-II. Jugend—„V. f. L.“-Halle II. Jugend 1:1 (1:0).

„Germania“ I—„Minerva“ I-Halle 0:5 (0:3).

Auf dem Kasernenhof standen sich am Sonntag obige Mannschaften im Verbandsspiel gegenüber, welches die Germanen überraschend hoch mit 5:0 verloren. Die Gäste zeigten ein gutes, jedoch stark körperliches Spiel, gegen welches die Hiesigen nicht aufkommen konnten. G. mußte noch mit Ersatz für seinen linken Verteidiger spielen, doch hätten die Hiesigen wenigstens das Ehrentor für ihr aufopferndes Spiel verdient.

⇕ **Mitteldeutsche Fußballergebnisse.** Halle: Wacker-Halle—Sportvereinigung Magdeburg 4:0, Sportfreunde—Favorit 2:1; Cöthen: Turn- und Sportverein Dessau—Germania-Halberstadt (Ausscheidungsspiel um die Saale-Kreismeisterschaft) 3:1, Germania Cöthen Jugend—1902 Jugend 3:1, Gymnasium—Realschule 6:1, Dessau 98 II—Rasensport II 7:6, Turn- und Sportverein II—Hellas Oranienbaum 4:2, Turn- und Sportverein III—Hellas Oranienbaum 3:4; Magdeburg: Preußen—Cricket Viktoria 2:1, Sport- und Spielvereinigung—Fortuna 1:1; Zeitz: Sportvereinigung—Teuchern 0:2, Sportvereinigung VII—Teuchern II 2:0, Sportvereinigung IV—Teuchern III 3:0; Naumburg: 1905—Borussia Halle 5:4, 1905 II—Sportvereinigung Kahla I 2:1; Apolda: V. f. B. — Sportklub 2:1, V. f. B. II—Vieselbach I 3:0; Altenburg: Sportverein Kahla I—M. T.-V. I 2:2 (2900 Zuschauer).

*

Gauturntag des Nordostthüringer Turngaues in Merseburg.

Der Nordostthüringer Turngau hielt seinen ordentlichen Gauturntag am 6. März in Merseburg im „Herzog Christian“ ab. Er wurde um 10 Uhr vorm. vom Gauvertreter Meyer-Halle mit begrüßenden Worten eröffnet. Anwesend waren aus 52 Vereinen 100 Vertreter, außerdem 9 Gauturnratsmitglieder, 3 Bezirksturnwarte und 3 Vorstandsmitglieder der Unterstützungskasse. Der Gauvertreter berichtete zunächst über die Beratungen der Deutschen Turnerschaft mit der Sportbehörde, desgleichen über die angestrebte Arbeitsgemeinschaft der der Deutschen Turnerschaft angehörenden Turnvereine und den dem Arbeiterturnerbunde angehörenden Turnvereine. Der Gauvertreter heißt die aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten herzlich willkommen und gedenkt in dankbaren Worten der Toten. Neu angemeldet haben sich die Turnvereine Gröst, Schmirma, Röffen, Dörstewitz, Rothenburg und Männer-Turnverein Lützen; der Turnverein Bennstedt ist aus dem Kyffhäuserbund zum Nordostthüringer Gau übergetreten. In Halle haben sich 5 Turnvereine zum Halleschen Turn- und Sportverein und der Kaufmännische Turnverein mit dem Fußballklub 96, in Weißenfels der Städtische Turnverein, Kochscher Turnverein mit Preußen und in Schkeuditz der Turnerbund und Turnverein Vater Jahn vereinigt. Die turnerischen Ehrungen für Seebach-Halle und Raettig-Merseburg werden nachträglich genehmigt; letzterer ist während der Zeit gestorben. Die Anträge der Halleschen Turnerschaft werden genehmigt. Dem Gau gehören nach dem Bericht des Gauschriftwarts an: 105 Vereine mit 6037 Mitgliedern, 1415 Jugendturnern, 696 Turnerinnen, 991 Knaben und 393 Mädchen. In 8338 Stunden wurde das Turnen von 147 751 Turnern, 16 385 Turnerinnen, 44 320 Kindern ausgeführt. Die Rechnungslegung über das Merseburger Jugendwetturnen schließt in Einnahme mit 3208,42 ℳ, Ausgabe 2251,60 ℳ, Reingewinn 956,82 ℳ. Die Gaukasse hat eine Einnahme von 5053,16 ℳ, eine Ausgabe von 2548,20 ℳ, Kassenbestand 1992,65 ℳ, Sparkassenbuch 512,31 ℳ, mithin Vermögen 2504,96 ℳ. Die Gaubeiträge werden auf 1 ℳ erhöht. Verschiedene Berichterstatter werden in den größeren Städten ernannt, um über turnerische Angelegenheiten zu berichten. Den Antrag des Männer-Turnvereins Cönnern, den Bezirk rechts der Saale im Norden von Halle zu einem 5. Bezirk abzuzweigen, wurde angenommen. Der 1. Gauturnwart gab sodann den Turnbetrieb und den Arbeitsplan für 1920 bekannt, ebenso berichtete der Spielwart. Die Ehrenurkunden von 1919 wurden verteilt. 6 Mitglieder wählte der Gautag in den Spielausschuß.

Das Gauturnen für 1920 soll entweder in Naumburg oder Weißenfels abgehalten werden. Tag der Abhaltung am 11. Juli. Das Jahnhaus ist nun käuflich übernommen. Es entstehen aber bedeutende Unkosten, welche durch freiwillige Gaben gedeckt werden sollen. Die Unterstützungskasse hat eine Einnahme von 3195,83 ℳ, eine Ausgabe von 3210,43 ℳ, mithin eine Mehrausgabe von 14,60 ℳ. Kassenvermögen 10 420,90 ℳ, Haftpflicht 28,60 ℳ, zusammen 10 449,50 Mark. Der Beitrag wird für das Jahr 1920 auf 30 ₰ erhöht. Nach 6 Uhr schließt der Gauvertreter die Sitzung.

Der nächste Gautag findet am ersten Sonntag im März n. J. statt.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Dienstag den 9. März.)

Ausgabe: Petroleum auf Marke Nr. 8 in allen Verkaufsstellen an die Versorgungsberechtigten 2 Liter.

Freibank von vorm. 8—11 Uhr auf die Nr. 3876—4175.

Vom Leunawerk.

Der Militärbefehlshaber für den hiesigen Bezirk, Generalmajor Maercker, hat mit Zustimmung des Regierungskommissars folgendes angeordnet:

Die Leunawerke gelten als lebenswichtiger Betrieb im Sinne des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920.

Im Hinblick auf die wiederholten Streiks verdient diese Bekanntmachung besondere Beachtung.

Wetterwarte.

V. W. am 9. 3.: Abwechselnd heiter und wolkig, ohne besondere Niederschläge. Nacht kühler, Tag ziemlich mild. — 10. 3.: Teilweise heiter, vorwiegend trocken, Nacht kühl, Tag mild. In der zweiten Tageshälfte strichweise etwas Regen.

Theater und Musik.

b **Stadttheater Halle.** (Spielplan vom 8. bis 13. März.) Montag 7 Uhr „Königskinder“. Dienstag 7 Uhr „Der Waffenschmied“. Mittwoch 7 Uhr „Der Widerspenstigen Zähmung“. Donnerstag 6 Uhr „Siegfried“. Freitag 7 Uhr „Minna von Barnhelm“. Sonnabend 7 Uhr „Ilsebill“.

Vermischtes.

* **Streik der Schweizer des Vatikans.** Die Teuerung ist nun auch in die Räume des Heiligen Stuhles eingedrungen. Die Schweizer, die dort in einer noch von Michelangelo gezeichneten Uniform paradieren, erhalten 400 Franken monatlich und nach 20jähriger Dienstzeit eine Jahresprämie von 1500 Franken. Aber das Leben ist teuer geworden, und sie wurden deshalb wegen einer Solderhöhung vorstellig. Der Papst, der so etwas noch nie erlebt hatte, war sprachlos. Da beschlossen die Schweizer, ein Syndikat (!) zu gründen und in einem der großen Höfe des Vatikans Streikversammlungen abzuhalten. Der Chef der päpstlichen Gendarmerie legte sich ins Mittel und übernahm es bei dem Papste die Mehrforderungen zu vertreten. Die Frage wurde gütlich geregelt, aber der Erfolg hat die Beschützer Seiner Heiligkeit zu weiteren Unternehmungen angestachelt. Sie wollen jetzt auch das Recht haben, sich zu verheiraten! Dieses für den Vatikan ganz neue Verlangen stößt auf starken Widerstand. Es ist noch nicht abzusehen, wie man sich aus dieser Verlegenheit retten wird.

*

Peinlicher Zwischenfall im Hotel Adlon in Berlin.

Aus Berlin wird uns berichtet:

Bedauerliche Vorfälle haben sich am Sonnabend spät abends im großen Speisesaal des Hotels Adlon ereignet. Aus Anlaß des Vortrages des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ kam es zu einem tätlichen Renkontre zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und mehreren deutschen Gästen einerseits und Mitgliedern der französischen Militärmission andererseits. Infolge der Vorgänge, die noch ein diplomatisches Nachspiel haben werden, ist über den Prinzen sowie den Rittmeister von Platen die Schutzhaft verhängt worden.

Durch Wolffs Telegrapenbüro wird folgende Darstellung des peinlichen Vorfalles gegeben: „Zu einem schweren Zusammenstoß kam es in der letztvergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und anderen deutschen Gästen einerseits und drei Mitgliedern der französischen Militärmission, Kapitän Klein, Hauptmann Rougevin und Botschaftssekretär Dunard, andererseits. Als gegen 11 Uhr die Kapelle im kleinen Saal neben dem Lichthof „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der mit einem neben ihm sitzenden früheren russischen Staatsrat bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, sprang erregt auf und rief den französischen Herren zu: „Aufstehen, sonst raus!“ Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenvase nach dem Mitteltisch, wo die Ausländer saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz in maßloser Erregung mit einem schweren Kerzenhalter auf seine Gegner, die sich kräftig verteidigten, einzuschlagen versuchte, umringten ihn die Kellner und drängten ihn hinaus. Den französischen Herren, die Zivil trugen, waren teilweilweise die Kleider zerrissen, auch hatten sie Beulen, Quetschungen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit dem Kapitän Klein gehabt haben. Der Vorfall wird jedenfalls auch ein gerichtliches Nachspiel haben.“

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200309-16/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getraut: der Landw. E. Tempel m. Frau Frieda geb. Krause. — Beerdigt: der Landwirt Richard Müller und die Ww. Berta Kessel geb. Jauß.

Stadt. Getauft: Margarete Anni, T. des Hilfsschaffners Bernhardt; Bruno Gerhard, S. des Tischlers Pertus. — Beerdigt: der Schlosser Fiedler; der Rentier Becker; der Ald. Himmelreich; das Kind Hanni Faber.

Altenburg. Getauft: Wilhelm Erich Wolf, S. des Kaufmanns Alisädt; Gerhard Walter, S. des Bürogehilfen Kletzke — Getraut: Der Revisor Kurt Endler mit Frau Anna geb. Wenzel; der Buchhalter Walter Frohöse m. Frau Elfriede geb. Jansong. — Beerdigt: Die Aufwärterin Frida Zorn; der Lehrer Otto Kunzsch; die Ww. Emilie Dömel geb. Meyer; der Hobler Christian Kuhne; der Arb. Aug. Lohse; d. Maschinenheizer Ernst Woche.

Die Geburt eines strammen

Stammhalters

zeigen i. dankbarer Freude an

A. Siemssen Kreismelkrevisor und Frau

Otti geb. Hollatz.

Merseburg, 8. März 1920.

Heute nachmittag ist unser

Helmuth

nach kurzer Krankheit sanft entschlafen.

Merseburg, 6. März 1920.

E. Malpricht, Feuerfos.-Sekr. **und Kinder.**

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 4 Uhr von der städt. Friedhofskapelle aus statt.

Statt besond. Anzeige.

Gestern morgen 3 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, Vater, Groß- und Schwiegervater, der Steinsetzer

Gottlieb Krieg

im vollend. 65. Lebensj.

Dies zeigen in stiller Trauer an

Ww. Anna Krieg. Fam. Karl Zeiger.

Merseburg, 8. 3. 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch, d. 10. 3., nachm. 3 Uhr von der städt. Friedhofskapelle aus statt.

Beschluß.

Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung des in Geusa belegenen, im Grundbuche von Geusa, Band VII, Blatt 236 auf den Namen des Handarbeiters Friedrich Klappach und Ehefrau Johanne geb. Zuche in Geusa eingetragenen Grundstücks wird aufgehoben, da der Versteigerungsantrag von den Antragstellern zurückgenommen ist.

Der auf den 27. März 1920 bestimmte Termin fällt weg.

Merseburg, d. 2. März 1920.

Amtsgericht.

Die Ausführung der **Maurer- und Zimmerarbeiten für 3 Familienwohnhäuser auf Bahnhof Merseburg** soll getrennt nach Losen vergeben werden und zwar:

Los Ia und Ib Maurerarbeiten je 7,50 Mk.,
Los IIa und IIb Zimmerarbeiten je 5,— Mk.

Verdingbriefe können gegen postfreie Bareinsendung (nicht Briefmarken) der vorstehenden Beträge von der Eisenbahn-Bauabteilung Merseburg, Ständehaus (Eingang Georgstraße) bezogen werden.

Angebote sind bis **Montag, den 15. März d. J., vorm. 11 Uhr** verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen nach hier einzureichen.

Merseburg, d. 5. März 1920.

Eisenbahn-Bauabteilung.

Freiwillige und Nachlaß-Auktion

Sonnabend, den 13. März d. J., von vorm. 10 Uhr an werde ich im Gasthof zum **Thüringer Hof** hier folgende Gegenstände öffentl. meistbietend gegen Barzahlung versteigern, und zwar:

1 Sofa, 1 Kommode, 2 Tische, 6 Stühle, 5 Gartenstühle, 1 gut erh. eich. Billard mit Zubehör, 1 Automat, 1 Kartoffelquetsche, 1 starkes Tau (20 m lang), 1 gr. Warenschrank, 2 Küchenschränke, 4 Bettstellen, 2 Spiegel, 1 Wanduhr, 1 Haustür, 1 Damenfahrrad, 1 Wasch- und 1 Wringmaschine, sowie noch eine Anzahl verschiedene Haus- und Wirtschaftsgegenstände.

Albert Franke, Auktionator.

Annemarie

Die glückliche Geburt eines gesunden

Mädchens

zeigen hocherfreut an

Merseburg, den 8. März 1920

Willi Seyberth und Frau

Elisabeth geb. Steger.

Für die uns zu unserer **Vermählung** in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen freundlichen Gebern

herzlichsten Dank.

Merseburg, den 8. März 1920.

W. Froböse u. Frau

Elfriede geb. Jansang.

Für die vielen Beweise der Teilnahme anläßlich des Heimganges meines unvergeßlichen Gatten, unseres treusorgenden Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels,

des Lehrers

Otto Kuntzsch

sagen wir hiermit unsern

herzlichsten Dank!

Merseburg, den 8. März 1920.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Berta Kuntzsch

geb. Wassermann.

Für die liebevollen Beweise der Teilnahme beim Heimgange unserer treuen Mutter sprechen wir hierdurch unsern **herzlichsten Dank** aus.

Merseburg, den 8. März 1920.

Ernst Knothe und Frau

geb. Dömel.

Anzeigen

erzielen den

größten Erfolg

in dem am meisten gelesenen

„Merseburger / / / / / Korrespondent"

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 1 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20 verordne ich unter Zustimmung des Regierungskommissars:

„Die Leuna-Werke gelten als lebenswichtiger Betrieb im Sinne des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920."

Dresden, den 6. März 1920.

Der Militärbefehlshaber.

gez.: Maercker, Generalmajor.

Veröffentlicht.

Merseburg, den 8. März 1920.

Nr. I. 805/20. **Der Magistrat.**

Petroleum auf Marke Nr. 8

vom Montag, den 8. März 1920 ab

in allen Verkaufsstellen auf jede Marke Nr 8 = 2 Liter Petroleum zum Preise von 3.20 Mark für das Liter.

Die Verkaufsstellen haben die Marke Nr. 8 **eigenhändig** von der Petroleumkarte abzutrennen.

Abgabe der Markenabschnitte Nr. 8 und der eingenommenen Bezugscheine mit Verkaufsbericht am Montag, den 15. März 1920, an die Leuchtmittelkartenstelle Karlstraße 4.

Merseburg, den 6. März 1920.

L A II 534/20. **Der Magistrat.**

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am **9. März 1920**

vorm. von 8—9 Uhr auf die Nummern 3876—3975
vorm. von 9—10 Uhr auf die Nummern 3976—4075
vorm. von 10—11 Uhr auf die Nummern 4076—4175

statt.

Merseburg, den 8. März 1920. L A I 254/20.

Das städtische Lebensmittelamt.

Vereinigte Theater.

V.T.

Kammer-Lichtspiele Kleine Ritterstrasse — Nr. 3. — Telephon 529. — **Modernes Theater** Grosse Ritterstrasse — Nr. 1. —

Kammer-Lichtspiele
Spielplan vom Dienstag bis Donnerstag:

1.
Die schlafende Maschine
Detektiv-Schauspiel in 4 Akten von Paul Rosenhagen.

2.
Im Schatten des Glücks
Drama eines Geächteten in 4 Akten.

3.
Micke und Müke.
Tolles Lustspiel mit Anna Müller-Linke.

Anfang 5 Uhr.

Modernes Theater
Spielplan vom Dienstag bis Donnerstag:

1.
Die Note mit dem **Silberkranz**
Ergreifendes, spannendes Schauspiel in 4 Akten.

2.
Eine grosse Ueberraschung:
????
sowie ein gutes Beiprogramm

Anfang 5 Uhr.

Nürnbergers Monteur sucht sof. **möbl. Zimmer od. Schlafstelle** in Merseburg oder Umgebung. Off. unt. 610 a. d. Exp. d. Bl.

Herr (Angestellter) sucht **möbliertes Zimmer** sofort bezw. 15. d. M. oder 1. 4. Mit voller Pension angenehm. Off. unter 621 an die Exp. d. Bl.

Anständiger Mann (Monteur) sucht **Schlafstelle oder möbl Zimmer** Off. unter 622 an die Exp. d. Bl.

1—2 möbl. Zimmer mit Kochgelegenh. von kinderl. Beamten gesucht. Bettwäsche od. Betten werden gestellt. Off. unter 625 an die Exp. d. Bl.

Junges, anständig. Mädchen sucht möbliertes Zimmer od. Schlafstelle. Off. unt. 611 a. d. Exp. d. Bl.

Kleiner Raum zum Unterstell. von Möbeln gesucht. Gute Bezahlung. Off. unter 626 an die Exp. d. Bl.

GELD erhalten sofort Leute jed. Stand. (ohne Bürgen) von 100—5000 Mk durch **Otto Ludekus,** Dresden-A. Wilsdruffer Str. 27 Anfragen Marke beifügen.

Feiner Halefot (schl. Fig.): Herren-Schnürstiefel (Gr. 45) sehr preisw. zu verk. Kl. Sixtifstr. 16, r.

Fast neuer Gehrock-Anzug mittl. Fig., für 250 Mk. zu verk. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Ein neuer Zylinder (Chapeau Claque) Gr. 55 zu verkauf. od. geg. Gr. 57 zu tausch. Daselbst sind auch 1 Paar Halbstiefel zu verkaufen. Zu erfrag. Neumarkt 64, Hof, 1 Tr.

Herrenhalbschuhe fast neu (Gr. 42) billig zu verk. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Zwei Paar neue Herren-Schuhe (1 Paar schwarze, Gr. 42, 1 Paar braune, Gr. 41) sind billig zu verk. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Ein Paar elegante Herrenschuhe (Größe 42) zu verkaufen Kleisitzstraße 7, part.

Ein Paar Reitstiefel Gr. 42, sind zu verkaufen Wagnerstraße 4, 1 Tr.

Neue Credenz zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen: 1 gebr. Kinderkorbstuhl (gepolstert), 1 neue schw. w. gestr. Friedenshose (Schrittl. 74), 1 P. getrag. Arbeitsschuhe, Größe 43. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Guterhalt. Kinderwagen zu verkaufen Große Sixtifstraße 5, 1 Tr.

Echte Eisenbein-Rose pass. f. Konf.-Geschenk, zu verk. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Unterrichtsbriefe Toussaint—Langenscheidt englisch, französisch, Mathematik verkauft Od.-Altenburg 32, 1 T.

Bekanntmachung.

Tagesordnung
für die Sitzung des Zweckverbandes Leuna
am Mittwoch, den 10. März, vormittags 8½ Uhr in Leuna-Werke, Bau M 26a, Zimmer 45.

—:— Ankauf einer größeren Menge Pflastersteine. —:—

Ich weise hierbei besonders auf § 7, Absatz 3, Satz 2 und § 9, Absatz 1, Satz 2 hin, wonach bei dringenden Fällen die zweitägige Frist nicht beachtet zu werden braucht und die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen unterwerfen müssen.

Leuna-Werke, den 6. März 1920.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna. Corneliy.

Guterh. ital. Mandoline zum Preise von Mk. 180.— zu verkaufen Annenstraße 31, pt.

2 Schafslämmer zu verkaufen Neumarkt 54.

Zwerghühner (1,4) verkauft Hirtenstr. 9.

Gut erhalt. Gehrock Anzug Gr. 1,65 m sofort zu kaufen gesucht. Offert. m. Preis unter 619 an die Exped. d. Bl.

Ein Schweinetrog zu kaufen gesucht Gr. Sixtifstr. 3, 1 Tr.

Flaschen zu höchsten Preisen kauft **Flaschensammellager** Hamburg, Silberstr. 123/25. **Ankäufer gesucht.**

Ausgebrannte Glühlampen kauft **P. Rudolph** Lindenstraße 6 — Telephon 601.

Pferde zum Schlachten kauft **Arthur Hoffmann,** Brühl 6, Roßschlächterei, Fernruf Nr. 264. Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Futterrüben wieder frisch. **Gelbe Kohlrüben** verkauft **Fr. Freygang** gr. Ritterstr. 7 — Teleph. 424

Gelbe Kohlrüben a Ztr. M. 14.00. **Gemüsebau Rischmühle.**

Achtung! Achtung! **Kammerjäger Preiske kommt!** Vertilgt Ratten, Mäuse, Schwaben, Russen, Wanzen usw. unter schriftlicher Garantie. Komme auch auf's Land. Aufträge bitte u. 627 i. d. Exp. d. Bl. niederzulegen.

Zwei lebenslustige Damen im Alter von 40 und 25 Jahren wünschen die Bekanntschaft gleich gesinnter Herren zw. spät. Heirat. Off. m. Bild u. 624 a. d. Exp

Bess. unabh. Frau, Mitte 50er Jahre, möchte gern bei alleinst. Herrn, w. Wert a. gemütl. saub. Heim legt, Stell. a. **Wirtschafterin** einnehmen. Offert. unter 623 an die Exp. d. Bl.

Ordentlicher Geschirrführer für sofort gesucht. **E. Weißhahn, Neumarkt**

Hüte zum Umpressen werden noch angenommen. **J. Hagen, Putz, Entenplan 9.**

Ziegeleiarbeiter und 1 Mann für das Bahnpferd werden angenommen. **Ziegelei Amtshäuser 2.**

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt **2 Stenographen und Masch.-Schreiber.** Bewerber aus der Eisenbranche werden bevorzugt. Offert. unter 620 an die Exped d. Bl.

14—15jährigen **Arbeitsburschen** sucht für sofort **Petischenfabrik Hallesche Straße.**

1 jüngeren Laufburschen sucht **Buchdruckerei Ch. Hottenroth & Sohn.**

1 Klempnerlehrling sucht zu Ostern **Walter Dreße,** Klempnermstr.

Lehrlingsgesuch! Wir suchen zu Ostern 1920 einen **Lehrling** mit guter Schulbildung zwecks gründlicher Ausbildung in der Krankenversicherung. — Zu melden bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse **Lützen,** Nebenstelle Leuna-Werke bei Merseburg.

Fräulein zur Bedienung der Schreibmaschine mit Kenntnissen in Stenographie gesucht.

Lehrling wird Ostern für kaufm. Büro eingestellt. **Günther Liebmann,** Markt 20.

Jüngere Dame zur Bedienung des Fernsprechers und Schreibmaschine für sofort gesucht. Flottes Stenographieren Bedingung. **Günther Liebmann,** Markt 20.

Mehrere Arbeiterinnen stellt sofort ein **Edmund Hickethier,** Weißenfelser Straße 58.

Suche einen **Zigarrenmacher** sowie eine **Wickelmacherin** per sofort gegen hohen Lohn **B. Tholotowsky,** Spernau, Bergstraße 5.

Schneiderin welche auch aufs Land geht, wird gesucht. Off. u. 628 a. d. Exp.

Sauberes, anständiges **Hausmädchen** per 1. April gesucht. **Oskar Ballin jun.,** Halle, Leipziger Straße 63.

Suche zum 1. April **Zweitmädchen** für Hausarbeit und Hilfe in der Küche, mit Gelegenheit zum Kochen erlernen. Frau Erste Bürgermstr. Hertzog, Hallesche Straße 19, 1 Tr.

Aelteres Mädchen für Haus und Küche gesucht. Frau Dr. Schmitz, Poststr. 1.

Zum 1. od. 15. April wird ein **zuverlässiges Mädchen** bei gutem Lohn gesucht **Frau Frahnert,** Kl. Ritterstr. 2.

Aufwartung eventl. jüngeres Mädchen für vorm. 2—3 Stund. sofort gesucht **Baier,** Christianenstraße 7.

Aufwartung für sofort gesucht Neumarkt Nr. 14.

Saubere ehrliche **Aufwartung** gesucht Gotthardtstr. 32, pt.

Für kinderlosen Haushalt wird eine zuverlässige **Aufwartung** gesucht. Gr. Ritterstr. 13 (neues Haus).

Aufwartung für einige Stunden vor- und nachmittags gesucht Preußerstr. 13.

Aufwartung für Wochentags vormittags gesucht. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Der 4. Mannschaft des B. C. „Preußen" zur Gewinnung der Meisterschaft ein dreifach donnerndes — — hipp hurra! — —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200309-16/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 58. Dienstag den 9. März 1920. 46. Jahrg.

32. Landtag der Provinz Sachsen.

Merseburg, 7. Februar.

Der neu gewählte Landtag der Provinz Sachsen, der 32. an der Zahl, trat heute hier im Ständehaus zur Tagung zusammen. Dem um 10 Uhr im Dom abgehaltenen Festgottesdienst wohnte eine große Anzahl der Abgeordneten bei. Während und nach dem Gottesdienst fanden sich die Abgeordneten in Gruppen im Tagungsgebäude ein, das durch zwei weiße Fahnen mit dem preußischen Adler äußerlich kennbar gemacht war. Um 11 Uhr begann der Einlaß der Tribünenbesucher, die mit Erlaubniskarten versehen waren, eine große Anzahl von denen, die auf Zutritt hofften, mußten unverrichteter Sache umkehren. Die Tribüne war voll besetzt, auch die Presse war auffallend stark vertreten. Es dauert lange, bis die Abgeordneten sich von ihren Besprechungen in den Fraktionszimmern allmählich im Sitzungssaale einfinden. Erst nach 12 Uhr beginnen sie zuzuströmen. Unterdes hat der komm. Oberpräsident Hörsing mit dem Landeshauptmann Frhr. v. Wilmowski ein paarmal den Sitzungssaal betreten, um schließlich dort Platz zu nehmen. Der Saal füllt sich gegen ½1 Uhr vollkommen, die Abgeordneten sitzen noch nicht streng fraktionsweise; dies soll morgen geschehen. Ein Klopfzeichen verschafft dem komm. Oberpräsidenten Gehör für seine Begrüßungsansprache, die sehr ruhig gehalten ist und mit gespannter Aufmerksamkeit und an manchen Stellen mit Bravo aufgenommen wird. Die Unabhängigen können es sich aber nicht versagen, ihrem Gesinnungsgenossen in der Regierung einen tüchtigen Hieb zu versetzen mit dem Hinweis auf die Opfer Noskes, die doch nur selbstverschuldet sind. Sonst verläuft die Tagung ruhig. Nach 2 Uhr leert sich die Besuchertribüne wieder bei einer Sitzungspause. Es haben sich unter den Abgeordneten gebildet eine Fraktion der Unabhängigen Sozialisten, der Mehrheitssozialisten, der Demokraten und eine — sog. Bürgerliche Vereinigung der Rechtsparteien mit drei Christlich-Sozialen. Die „Allein-Bürgerlichen“ als Gegenstück oder Neuausgabe der „Allein-Nationalen“. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird bei den Wahlen des Vorstandes und der Ausschüsse nach dem Sinne der Neuzeit, nach dem Stärkeverhältnis der politischen Parteien verfahren, in denen alle Volksteile der Provinz vertreten sind, gegenüber dem früheren „Parlament der Landräte und Rittergutsbesitzer“. Um ¼4 Uhr schließt endlich die erste Sitzung des Landtags. Nachstehend der Verhandlungsbericht.

½1 Uhr eröffnet der komm.

Oberpräsident Hörsing mit folgender Ansprache

den neuen 32. Landtag der Provinz:

Meine Herren! Soweit ich Ihnen noch nicht vorgestellt oder bekannt bin, stelle ich mich Ihnen hiermit als kommissarischer Oberpräsident der Provinz Sachsen vor. Von diesem Platze aus heiße ich die Landtagsabgeordneten, die Vertreter der Provinzialverwaltung, die Vertreter der Presse und die im Saale anwesenden Damen und Herren herzlich willkommen. Vor mehr als acht Monaten ist mein Amtsvorgänger, Graf v. d. Schulenburg von seinem Amt zurückgetreten. Ich möchte hiermit seiner Tätigkeit, seines großen mühevollen Wirkens gedenken. Seit dieser Zeit bis zu meinem Amtsantritt am 26 vorigen Monats hat der Oberpräsidialrat Dr. Breyer die Geschäfte geführt. Im Namen der Staatsregierung als auch in meinem Namen möchte ich ihm für seine Tätigkeit meinen besten Dank aussprechen. Als mein Amtsvorgänger vor zwei Jahren den 31. Provinziallandtag schloß, drückte er den Wunsch aus, daß die nächste Tagung wieder in der Zeit des Friedens stattfinden möge. Die Feinde haben uns den Frieden aufgezwungen. Aber nicht nur

mit Bitterkeit denken wir an den Frieden, sondern an den ganzen Krieg zurück.

Da ist es eine Ehrenpflicht, aller Männer zu gedenken, die in diesem Kriege für ihr Vaterland gefallen sind. Wir gedenken der vielen Söhne unserer Provinz, die vermodern allein und in Massengräbern in Feindesland. (Die Versammelten erheben sich zu Ehren der Gefallenen von den Plätzen. Zuruf: „Auch der, die durch Noske gefallen sind.“) Sie ehren das Gedenken der Gefallenen durch Erheben von den Plätzen. Wir gedenken aber auch der Witwen und Waisen. Den zurückgekehrten Männern rufen wir ein herzliches Willkommen in der Heimat zu. Mögen auch Alle, die noch in der Gefangenschaft schmachten, ihren Familien zurückgegeben werden. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat zur Folge gehabt, was fast alle solche Kriege zur Folge gehabt haben, nämlich die

innere Umwälzung.

Diese große Umwälzung hat auch vor den Toren der Provinziallandtage nicht Halt gemacht. Der

neue Provinziallandtag

ist auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gewählt worden, er ist ein

Parlament der gesamten Bevölkerung der ganzen Provinz.

Zum ersten Male sind darin auch die

Vertreter der Arbeiterschaft

erschienen, zum ersten Male finden sich in dem Provinziallandtag auch Parteibildungen. Es mag manchem komisch erscheinen, daß die Arbeiten von politischen Parteien geleistet werden, aber

den Zug der Zeit kann niemand aufhalten.

Sicher wird dieser Landtag in der Provinz mehr Beachtung finden, als alle seine bisherigen Vorgänger. Aber dieser auf demokratischer Grundlage gewählte Landtag wird auch zu beweisen haben, daß er seinen Aufgaben gerecht werden kann.

Das große Ziel ist die gemeinsame Arbeit für das gemeinsame Wohl.

Die Vorlagen für die Tagung sind Ihnen allen zugegangen, und ich brauche nicht auf einzelne einzugehen. Neben dem Haushaltsplan und den üblichen Vorlagen werden Sie eine Reihe Vorlagen sehen, die mehr oder weniger eine Folge des Krieges sind. Große Vorlagen sozialer Art und Fürsorge liegen Ihnen vor.

Ich erfülle eine angenehme Pflicht, wenn ich allen Beamten der Provinzialverwaltung im Namen der Staatsregierung und meinem Namen Dank ausspreche.

Nunmehr erkläre ich den 32. Provinziallandtag als eröffnet. Ich wünsche Ihren Arbeiten Segen und Erfolg und hoffe, daß sie zum Wiederaufbau unserer Provinz beitragen werden.

Nach der stellenweise und am Schluß mit Beifall aufgenommenen Begrüßung stellte der Oberpräsident das älteste Mitglied des Landtages fest, Ökonomierat Wesche-Raunitz, und übertrug diesem dem Altersvorsitz. Alterspräsident Wesche nahm den Vorsitz ein und bestellte die beiden jüngsten Landtagsmitglieder, Landrat Dr. Langenhagen-Weißensee und Landrat Dr. Gericke-Torgau, zu Schriftführern. Durch Namensaufruf wurde dann die Anwesenheitsliste festgestellt. Von 139 Abgeordneten fehlen 5 Abgeordnete (Oberbürgermeister Beims-Magdeburg, Landrat Bock von Wülfingen-Worbis, Rechtsanwalt Heine-Hötensleben, Gauleiter Schmidt-Nordhausen, Studienrat Dr. Schulze-Naumburg). Alterspräsident Wesche stellt die Beschlußfähigkeit des Hauses fest und die Wahl des Vorsitzenden als nächste Handlung auf.

Abg. Bergemann (Soz.), komm. Landrat-Kalbe stellt fest, daß die Fraktion der Rechten den Anspruch hat, den 1. Vorsitzenden zu stellen. Er würde es aber bedauern, wenn dadurch einer Fraktion ein bestimmter Einfluß von vornherein gesichert würde, und schlage deshalb die Wahl von zwei Vorsitzenden vor, die mit gleichen Rechten ausgestattet seien.

Abg. v. Bismarck (Bürgerl. Vereinig.) Landrat a. D.-Wülferingeroda bedauert, den Vorschlag nicht entsprechen zu können, da dies dem Recht der stärksten Fraktion und der Geschäftsordnung zuwider sei.

Abg. Bergemann verweist auf den Provinziallandtag Brandenburg.

Abg. Boehr (Dem.), Presseamtsleiter-Magdeburg, schlägt vor, daß die stärkste Fraktion den 1., die nächststärkste Fraktion den 2. Vorsitzenden stelle und die Leitung der Geschäfte von Tag zu Tag zwischen diesen wechsele.

Abg. Dr. Rive (Bg. Vgg.), Oberbürgermeister-Halle, bittet der Geschäftsordnung gemäß zu handeln.

Abg. Bergemann (Soz.) stellt einen seinen ersten Ausführungen entsprechenden Antrag.

Abg. v. Bismarck (Bg. Vgg.) bittet um 10 Minuten für Fraktionsberatung.

Nach der Pause erklärt

Abg. v. Bismarck (Bg. Vgg.), daß seine Fraktion den Vorschlag Boehr akzeptiere, daß der Vorsitz von Tag zu Tag gewechselt wird.

Abg. Bergemann (Soz.) stimmt dem zu und behält sich späteren Antrag vor.

Abg. v. Bismarck (Bg. Vgg.) bringt für den 1. Vorsitzenden den Abg. Oberlandesgerichtsrat Cludius-Naumburg namens seiner Fraktion in Vorschlag.

Die Wahl des Genannten erfolgt durch Zuruf und wird von diesem angenommen. Darauf übergibt der Alterspräsident Wesche den endgültigen Vorsitz dem neuen

Präsidenten Oberlandesgerichtsrat Cludius-Naumburg,

der für die Wahl dankt und um das Vertrauen des Parlaments für die ganze Tagesdauer bittet. Er hofft, daß die Frage des Vorsitzes eine baldige befriedigende Regelung findet.

Für den Posten des stellv. Präsidenten wird der Abg. Wittmaack (Soz.), Redakteur-Magdeburg, vorgeschlagen und gewählt, der die Wahl annimmt.

Zu Schriftführern werden vorgeschlagen und gewählt die Abg. Lehrer Kleine-Bielen (U. S.), Bürgermeister Struß-Genthin (Dem.), Amtsrichter Dr. Breitenstein-Worbis (Bg. Vgg.), komm. Landrat Dr. Heine-Oschersleben (Soz.). Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Als Beisitzer werden vorgeschlagen und gewählt die Abgg. Arbeitersekretär Daniel-Merseburg (U. S.), Stadtverordneter Müller-Mühlhausen und Oberbürgermeister Dr. Rive-Halle (Bg. Vgg.), die mit der Wahl einverstanden sind.

Damit ist der Vorstand des Landtages vollständig gebildet. Zur Geschäftsordnung stellt Abg. Bergemann den Antrag, daß dem stellv. Vorsitzenden für den Tag seiner Tätigkeit die gleichen Rechte des 1. Vorsitzenden zustehen. Die hieran sich knüpfende Besprechung, an der sich die Abgg. v. Bismarck, Boehr, Gerhard Bergemann, Christange, Landrat Müller, Kasparek, Mangold, Dr. Riese, Dr. Rive, Contag und Vorsitzender Cludius beteiligten, endigt damit, daß man in der Mehrheit feststellt, daß der neue Landtag sich seine Geschäftsordnung von neuem und selbst zu geben hat, gegenüber der vorliegenden Geschäftsordnung des Landtages, wie darin auch bestimmt ist. Es wird dann der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten (Kasparek) angenommen, eine Neumer-Kommission aus den Abgeordneten zu bilden, die sofort an die Festsetzung der Geschäftsordnung für den neuen Landtag gehen soll. Es sind darin vertreten die Bürgerliche Vereinigung mit 4, die Demokraten mit 1, die Mehrheitssozialisten mit 2, die Unabhängigen Sozialisten mit 2 Abgeordneten, die namhaft gemacht und gewählt werden.

Hierauf tritt nach 2 Uhr eine Unterbrechung der Tagung ein während der der Landtagsvorstand und die Fraktionen eine Besprechung über die Festsetzung der zu wählenden Kommissionen abhalten.

Um ¾3 Uhr wird die Vollsitzung wieder aufgenommen.

Präsident Cludius teilt die Beschlüsse die Vorstandes mit, die dahin lauten, den Feuersozietätsausschuß aus 13, den Haushaltsausschuß aus 19, den Anstaltsausschuß aus 13 und den Rechnungsausschuß aus 7 Mitgliedern des Hauses zu bilden.

Die Abgg. Kasparek (U. S.), Hoffmann und Bergemann (Soz.) sprechen für die Fraktionsbeschlüsse, die Ausschüsse mit je 13 Mitgliedern zu besetzen mit Ausnahme des Haushaltungsausschusses, für den 17 Mitglieder gewünscht werden. — Abg. Dr. Rive (Bg. Vgg.): Die Entscheidung liegt bei den Fraktionen. — Abg. Landrat Müller (Bg Vgg.) zweifelt an dem Verteilungsschlüssel für den Haushaltsausschuß.

Bei der Abstimmung entscheidet sich das Haus für den Vorschlag der sozialdemokratischen Parteien. Es werden demnach besetzt: Feuersozietätsausschuß mit 13 Mitgliedern (Bg. Vgg 5, Soz. 3, U. S. 3, Demokraten 2), Haushaltsausschuß 17 Mitglieder (Bg. Vgg. 7, Soz. 4, U. S. 4, Dem. 2), Anstaltsausschuß 13 Mitglieder (Bg. Vgg 5, Soz. 3, U. S. 3, Dem. 2), Rechnungsausschuß 13 Mitglieder (Bg. Vgg. 5. Soz. 3. U. S. 3, Dem. 2).

Präsident Cludius gibt dann die Tagesordnung der morgigen Sitzung bekannt: Wahlen der Ausschüsse, Wahlordnung für den Provinzialausschuß, Haushaltsplan und Vorlagen. Er gibt bekannt, daß ein Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei eingegangen ist, der den 32. Landtag ersucht, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden für die sofortige

Aufhebung der Belagerungszustandes

und der Zeitungsverbote, sowie des verschärften Belagerungszustandes in den Kreisen Merseburg und Querfurt. Der Antrag soll eventuell morgen oder Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dann macht er eine Anzahl geschäftlicher Mitteilungen, aus denen wir hervorheben, daß morgen die Festsetzung der Abgeordnetenplätze nach den politischen Fraktionen erfolgen soll und daß der Zutritt zur Landtagstribüne wegen des beschränkten Raumes nur gegen Erlaubniskarten gestattet ist. Weiter teilt er mit die Namen der verstorbenen Mitglieder des letzten Provinziallandtages und daß 112 Beamte und Angestellte der Provinzialverwaltung im Weltkrieg gefallen sind. Die Versammelten ehren das Gedenken dieser Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der Präsident schließt mit den Worten: „Auch unsere Versammlung steht ganz unter dem Zeichen der Umwälzung, die sich vollzogen hat. Ich bitte um Unterstützung in meinem unparteiischen Amte, um sachliche Arbeit, Zurückstellen der Gegensätze, Achtung vor der Vergangenheit und vor dem Neuen und dem Werdenden, zum Wohle des Großen und Ganzen, zum Wohle der Provinz.“ — Mit dem Anfügen, daß die morgige Sitzung des Landtags um 10 Uhr vormittags beginnt, schließt er die erste Sitzung des neuen Provinzparlaments.

Soweit der Verlauf der gestrigen ersten Tagung des neuen Provinzparlaments. Die erste der

Aufgaben des neuen Landtages,

die Konstituierung des Parlaments und die Vorbereitung für die praktische Arbeit hat es damit erledigt. Als zweite Aufgabe liegen dem Landtag die vorgeschriebenen

Neuwahlen zum Provinzialausschuß

und zu den Provinzialkommissionen ob, wozu auch die Neuwahl des Landeshauptmanns gehört. Die Neuwahlen zum Provinzialausschuß und den Provinzialkommissionen erfolgen nach dem Verhältniswahlsystem. Zur Einreichung eines Wahlvorschlages sind 7 Unterschriften erforderlich. Die Wahl der Mitglieder und der Stellvertreter hat auf Grund getrennter Wahlvorschläge, die Wahl des Provinzialausschußvorsitzenden und dessen Stellvertreters aus den Provinzialausschußmitgliedern durch den Provinziallandtag in getrennten Wahlhandlungen mit Stimmenmehrheit zu erfolgen. Die Wahl gilt für 6 Jahre. Wählbar zu Provinzialausschußmitgliedern sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Männer und Frauen, die am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet und mindestens 6 Monate in der Provinz ihren Wohnsitz haben. Der Provinzialausschuß besteht aus 14 Mitgliedern und dem Landeshauptmann, sowie 7 stellvertretenden Mitgliedern. Bisher stellten hierzu die Regierungsbezirke Merseburg 6, Magdeburg 4 und Erfurt 4 Mitglieder. Eine besondere bedeutsame Wahlhandlung ist die

Wahl des neuen Landeshauptmanns.

Am 1. Mai 1920 ist die Wahlzeit des bisherigen Landeshauptmanns, Frhr. v. Wilmowski, abgelaufen, der am 20. März 1908 gewählt und am 2 Mai 1908 eingeführt wurde. Der bisherige Provinzialausschuß schlägt dem neuen Landtag vor, diese Wahl bis zum nächsten Provinziallandtag zu vertagen und bis dahin einen kommissarischen Stellvertreter zu bestellen, und zwar deshalb, weil nach § 87 des Entwurfes der neuen Provinzialordnung, die demnächst der Beschlußfassung der Preußischen Landesversammlung unterliegen wird, der Landeshauptmann von dem auf Grund dieser neuen Provinzialordnung abermals zu wählenden Provinziallandtag neu gewählt werden soll. Diese neue Provinzialordnung dürfte bald Gesetz werden und in Kraft treten. Für den jetzt zusammengetretenen fast gänzlich neuen Landtag dürfte nach den Umständen hier der Fall gegeben sein, einen kommissarischen Stellvertreter zu wählen bis zum hoffentlich nicht allzu lange auf sich warten lassenden Gesetzwerden der neuen Provinzialordnung. Nebenbei bemerkt hat ein jetzt neu, nach Gesetzwerden der neuen Provinzialordnung nicht wiedergewählter Landeshauptmann — und dafür bieten der jetzige und der kommende Landtag keine Gewähr — für den Rest seiner laufenden Wahlzeit von 6, aber höchstens 12 Jahren Anspruch auf das festgesetzte Diensteinkommen und demnächst Ruhegehalt. Der Provinzialausschuß schlägt als Gehalt für den neuen Landeshauptmann — auch den kommissarischen — vom 1. Mai 1920 ab 30000 *M* nebst Dienstwohnung mit Garten, sowie Gewährung der Heizung, der elektrischen Beleuchtung und des Wasserbedarfs gegen Entrichtung der dafür im Haushaltsplan vorgesehenen Beträge vor. Auf alle Fälle gehört aber jetzt an die Stelle des Landeshauptmanns ein frischer, rüstiger Mann, der unsere neue Zeit selbst versteht und erfaßt, der wirklich mit Kopf und Herz im Leben des deutschen Volkes steht und es vollkommen kennt auch in der neuen Zeit und nicht eingebaut wird von einer Umgebung, die überwiegend keinerlei Zusammenhang und keinerlei Verständnis — wenn nicht bösen Willen? — mit der Mehrheit des Volkes, dem neuen deutschen Volksstaat und der Neuzeit hat, nicht der

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Unter anderem hieß es in diesem Testament:

„Schon vor Jahren hatte ich ein Testament gemacht. Damals wußte ich nicht bestimmt, ob mein Neffe, Fritz von Lossow, noch am Leben sei. Heute weiß ich, daß es der Fall ist; darum habe ich das frühere Testament vernichtet und ein neues errichtet.

In diesem rechtsgültigen Testament bestimme ich folgendes:

„Meine Besitzung Lemkow mit allem Grundbesitz, allen Gebäuden und allem lebenden und totem Inventar vermache ich ohne jede Einschränkung“ — hier machte der Notar eine kleine Pause und sah in Kuno von Lossows fieberhaft gespanntes Gesicht — „vermache ich ohne jede Einschränkung meinem Neffen, dem Freiherrn Karl Heinrich Fritz von Lossow, der in Neuyork lebt und dessen Adresse meinem Notar bekannt ist. Er ist sofort nach der Testamentseröffnung durch meinen Notar von meinem letzten Willen zu unterrichten. Fritz von Lossow ist also unumschränkter Herr auf Lemkow. Falls er inzwischen gestorben sein sollte, treten seine beiden Kinder, Fred und Ellinor von Lossow, in seine Rechte ein.“

Es ging wie ein seltsames Rauschen durch den Saal. Niemand wagte es, nach diesen Worten Kuno von Lossow und seine Familie anzusehen. Die saßen mit blassen, verzerrten Gesichtern, wie zu Stein erstarrt, und blickten stier vor sich hin.

Dr. Holm fuhr fort, vorzulesen:

„Ich habe Fritz von Lossow deshalb vor seinem Bruder Kuno bevorzugt, weil Kuno als Erstgeborener seines Vaters bereits das Majorat Lossow geerbt hat, während Fritz als zweiter Sohn leer ausging. Mein Gerechtigkeitsgefühl und meine eigenen Erfahrungen haben mich zu dieser Bestimmung veranlaßt. Ich wollte damit einen Ausgleich schaffen. Die einzige Bedingung, die ich Fritz von Lossow stelle, ist, daß er meine Beamten und Diener, die ich als treu, ehrlich und zuverlässig erprobt habe, in seinen Diensten behält, so lange sie sich gut führen. Es soll keiner meiner Angestellten durch diesen Besitzwechsel brotlos werden. Außerdem bin ich überzeugt, daß alle meine Leute mienem Neffen ebenso treu und ergeben weiterdienen werden, wie sie mir gedient haben. Und so bin ich gewiß, daß meinem Neffen die Bewirtschaftung von Lemkow erleichtert wird. Ich erwarte und hoffe von meinen Leuten, daß sie treu auf ihrem Posten bleiben, auf daß Lemkow auch unter dem neuen Herrn blühe und gedeihe. Mein Reitpferd „Satir“ und meinen Brillantring, dessen Goldreifen aus ineinandergeflochtenem Eichenlaub besteht, vermache ich zum Andenken meinem jungen Freund, Baron Heinz von Lindeck. Der Ring hat ihm immer so gut gefallen, und mein treues Reitpferd weiß ich bei ihm in den besten Händen. Er soll beides mit einem letzten Gruß und herzlichen Dank für seine treue, uneigennützige Freundschaft entgegennehmen und mich nicht vergessen.

Mein Barvermögen in der Höhe von dreimalhunderttausend Mark, das, ganz unabhängig von Lemkow, in sicheren Staatspapieren bei der Deutschen Bank, Berlin, deponiert ist, soll folgendermaßen verteilt werden:

Fünfzigtausend Mark erhält jede meiner Großnichten, Brigatta und Ellinor von Lossow, zur Aussteuer von mir. Am Tage ihrer Hochzeit soll ihnen das Kapital ausgezahlt werden. Bis dahin erhalten sie nur die Zinsen zur freien Verfügung. Haben sie sich bis zu ihrem dreißigsten Geburtstage noch nicht vermählt, so erhalten sie das Kapital an diesem Tage. Ferner erhalten meine beiden Großneffen, Botho und Fred von Lossow, je fünfzigtausend Mark unter denselben Bedingungen.

Fünfzigtausend Mark vermache ich außerdem meinem Neffen, Kuno von Lossow, unter der Bedingung, daß dieser Betrag angelegt wird für wirtschaftliche Verbesserungen des Majorats Lossow, da nach meinem Dafürhalten diese Summe nötig ist, um Lossow ertragfähiger zu machen und es auf die Höhe zu bringen. Es ist da in den letzten Jahren viel versäumt worden.

Außerdem schuldet mir mein Neffe Kuno von Lossow achtunddreißigtausend Mark. Eine genaue Aufstellung der einzelnen Raten, die ich ihm geliehen habe, ist beigefügt. Diese Summe soll er in jährlichen Raten von fünftausend Mark für seine Tochter Brigitta bei der Deutschen Bank einzahlen, so daß sich Brigitta von Lossows Anteil an dieser Erbschaft auf achtundachtzigtausend Mark insgesamt beläuft. Da sie doch hinter ihrem Bruder, dem Majoratserben, zurückstehen muß, habe ich sie in meinem Testament vor Botho bevorzugt. Zinsen werden meinem Neffen für dieses geliehene Geld nicht berechnet. Mit dem zurückgezahlten Geld ist zu Nutz und Frommen meiner Großnichte Brigitta zu verfahren, wie mit den fünfzigtausend Mark, die für sie bestimmt sind.

Für den Fall, daß Kuno von Lassow stirbt, ehe diese Schuld abgetragen ist, haftet sein Nachfolger, der Majoratserbe dafür. Nur, wenn Kuno und Botho von Lossow sich mit dieser Bestimmung einverstanden erklären, erhält jeder die oben vermerkten fünfzigtausend Mark ausgezahlt. Andernfalls fällt beider Anteil an Brigitta von Lossow.

Die restierenden fünfzigtausend Mark sind als Legate an meine unten verzeichneten Beamten und Diener zu verteilen in der Weise, wie ich es am Schluß dieses Testamentes ausführlich bestimmt habe.

Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen und in dem Bestreben, möglichst gerecht zu sein, diese Bestimmungen getroffen. Mein Neffe, Fritz von Lossow, hat die Absicht, nach Deutschland zurückzukehren und sich in seiner Heimat anzukaufen, um seine Tage als deutscher Edelmann zu beschließen. Er wird nun des Suchens nach einer neuen Heimat überhoben: Lemkow soll ihm diese Heimat sein, und ich hoffe, er wird sich mit seiner Familie hier wohlfühlen. Mir ist es ein lieber Gedanke, ihn in Zukunft an meiner Stelle als Herr über Lemkow zu wissen.

Mein Neffe, Kuno von Lossow, wird mit dem Inhalt meines Testamentes vielleicht nicht ganz einverstanden sein, aber ich vermag es nicht über mich, günstiger für ihn zu testieren, weil ich an Fritz von Lossow gutmachen will, was das Schicksal ihm versagte, als er als jüngster Sohn eines Majorats zur Welt kam.“

Darauf folgten in dem Testament noch allerlei nebensächliche Bestimmungen, wie auch die Namen der Angestellten, die ein Legat erhalten sollten, und die Höhe dieser Legate. Es waren lauter langjährige Diener, die damit bedacht wurden.

Endlich hatte Dr. Holm den Schluß verlesen.

Totenstille folgte seinen Worten. Der Notar ließ seine Augen ernst und ruhig über die Versammlung schweifen.

Die Angestellten sahen alle ergriffen und gerührt aus, weil ihr verstorbener Herr noch über das Grab hinaus ihr Wohl bedacht hatte. Heinz Lindecks Gesicht zeigte ebenfalls tiefe Ergriffenheit. Er wußte, daß Heribert von Lossow ihm aus seinem Besitz die zwei Dinge zum Andenken vermacht hatte, die ihm am liebsten gewesen waren. Den Ring hatte der alte Herr fast stets getragen und sein Reitpferd „Satir“ war ihm fast wie ein Mensch lieb und wert gewesen. Heinz Lindeck wußte, daß er durch diese zwei Geschenke von seinem alten Freunde hoch geehrt werden sollte und das erschütterte ihn tief.

Nur vier Menschen weilten in dem weiten Raum, die tiefen Groll im Herzen gegen Heribert von Lossow trugen, das war Kuno von Lossow nebst Frau und Kindern.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200309-16/fragment/page=0005
DFG

„verheißenen herrlichen", aber der unheimlichen hungervollen Notzeit eines körperlich und seelisch aufs allerschwerste geprüften Volkes.

Als dritte Aufgabe hat der neue Landtag die ihm zugewiesene sachliche Arbeit zu verrichten. Sie besteht in der Prüfung des Verwaltungsberichts, in der Genehmigung des neuen Haushaltsplans und in der Erörterung der zahlreichen Anträge usw. Hinzugefügt sei noch, daß der Rechnungskommission die Prüfung der Rechnung der Kassen des Provinzialverbandes obliegt. Diese Kommission bleibt auch nach Schluß des Landtages bis zu ihrer Neuwahl durch den nächsten Landtag in Tätigkeit und tritt in der Zwischenzeit nach ihrem Ermessen, so oft es die Geschäfte erfordern, zusammen. Ihr werden vom Provinzialausschuß die ihm zugehenden Rechnungen zur Weitergabe an den Provinziallandtag überwiesen.

Die Dauer der Tagung des neuen Landtags läßt sich nicht abschätzen, einige Tage länger als der letzten Tagung muß man ihr zusprechen, da ja jetzt auch die politischen Meinungen sämtlicher Volksteile in Erscheinung treten werden und zahlreiches Beratungsmaterial eine gründliche Aussprache erfordert. So schlimm wie die besorgte deutschnationale Landesmutter „Hallesche Zeitung" in ihrer Nummer 88/1920 es macht — in ach so rührender Besorgnis über die Politisierung des neuen Landtags, über die Fenster des alten Provinzialständehauses, durch die der Meinungsstreit dringe, über die wesentlich längere Tagungsdauer und über die bei weitem übersteigenden finanziellen Landtagsaufwendungen (Tagegelder usw.) — wird es nicht werden. Der „Halleschen Zeitung" hierbei zur Nutzanwendung, daß den Abgeordneten ein Mittagessen mindestens 7,50 und 8 M kostet. — Den Landtagsabgeordneten aber — sowohl denen der „Alleinbürgerlichen" wie der übrigen Parteien — werden bei ihrer sachlichen Arbeit für alle Volksklassen die Worte des kommissarischen Oberpräsidenten Hörsing wie des Landtagspräsidenten Clubius Richtschnur sein: „In gemeinsamer Arbeit für das gemeinsame Wohl" und „Für das Große und Ganze, für das Wohl unserer Provinz." Dem dürfen wir wohl ruhig entgegensehen.

P. S.

*

Die sächsische Provinzialverwaltung 1917/19.

Aus dem vom Provinzialausschuß versandten Verwaltungsbericht der Provinzialverwaltung für die Geschäftsjahre 1917/18 und 1918/19 heben wir hervor, daß der Haushaltsplan im Rechnungsjahre 1917/18 mit 1 360 345,80 M, der Haushaltsplan 1918/19 mit 2 123 220,67 M überschritten worden sind. Die Verwaltungsfehlbeträge der beiden Rechnungsjahre betragen 221 508,01 M in 1917/18 und 1 232 975,06 Mark in 1918/19.

Die Anstalten der Provinz bedingten eine enorme Kostenvermehrung, obwohl die Belegung dabei zurückging. Die Irrenanstalten zählten am 31. März 1919 nur noch 3465 Insassen gegen 4922 zwei Jahre zuvor, der Rückgang von 1457 Personen ist auf die geradezu erschreckende Sterblichkeit zurückzuführen. Taubstummenzöglinge waren 341 oder 23 weniger, Blinde 266 oder 20 weniger zu verpflegen. Das Landarmenwesen erforderte in den letzten beiden Berichtsjahren 539 000 und 648 000 M, hielt sich also teils unter dem Friedensstande, was zum Teil durch den Krieg, zum andern aber auch durch die große Sterblichkeit veranlaßt war. In den Arbeits- und Armenanstalten ging die Zahl der Pfleglinge ebenfalls beträchtlich zurück (427 Personen am 1. April 1917, 257 in 1918). Die Fürsorgeerziehung hatte dagegen mit verstärkter Zuweisung zu rechnen, da die elterliche Zucht im Kriege nachließ. Am 31. März 1919 wurden 5062 Zöglinge gezählt. Die Kosten der Fürsorgeerziehung, die noch 1915 1 300 000 M betragen hatten, betrugen 1918 schon 2 400 000 M, davon zahlt allerdings zwei Drittel der Staat. Sehr umfangreich war die provinzielle Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Volksspende ergab für die Provinz 5 402 000 M, mit anderen Mitteln standen zusammen 7 Millionen zur Verfügung.

Die provinzielle Straßenpflege ist auch in den Berichtsjahren infolge von Material- und Personalmangel ganz wesentlich vernachlässigt worden. Es wurden dafür aufgewandt zusammen rund 2 Millionen gegen rund 5 Millionen in den Jahren 1913/14. Der Zustand der Straßen läßt entsprechend natürlich nach, was bald sehr empfindlich sich bemerkbar machen wird. Ein Beweis für die allgemeine Preissteigerung ist das Pachtergebnis für die Obstbaumpflanzungen der Provinz an den Landstraßen; 1913 gingen 83 000 M ein, 1916 185 000 M, 1917 301 000 M und 1918 396 000 M. — Die Provinz verwaltet zurzeit 25 Kleinbahnen, im Bau sind 8 weitere Anlagen von zum Teil beträchtlicher Länge; die Jahreszuschüsse zu diesen Unternehmungen betragen 361 000 M.

Nicht unbeträchtlich sind auch die Aufwendungen der Provinz für die Pflege der Landwirtschaft; für Bodenverbesserungen usw. wurden rund 100 000 M bereitgestellt, für die 15 landwirtschaftlichen Lehranstalten jährlich 61 000 M aufgewandt.

Das Provinzialmuseum zu Halle hat seine Bestände um 3000 Stück vermehren können.

Auf die Leistungen der Provinz in der Elektrizitätsversorgung und auf die Ergebnisse der Landesbank und provinziellen Lebensversicherung soll noch an anderer Stelle zurückgekommen werden.

Merseburg und Umgegend.

8. März.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Verhinderung der Warenverschleuderung.** Die Warenverschleuderung nach dem Ausland macht weitere energische Maßnahmen erforderlich. Neuerdings sind die Zollstellen angewiesen worden, im Reisegepäck mitgeführten Gegenständen, die einem Ausfuhrverbot unterliegen, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Solche Waren dürfen ausnahmsweise nur dann ohne besondere Ausfuhrbewilligung zur Ausfuhr zugelassen werden, wenn es sich um gebrauchte Gegenstände handelt. Weitere Bedingung ist, daß der Reisende für zum persönlichen Gebrauch während der Reise, also nicht für den späteren Gebrauch im Auslande benötigt. Diese Beschränkung soll sich nicht auf solche neuen Gegenstände beziehen, welche nachweislich vorher aus dem Ausland als Reisegepäck eingeführt wurden oder von einheimischen, später nach Deutschland zurückkehrenden Reisenden zum persönlichen Bedarf während der Reise in das Ausland mitgenommen werden. Für alle übrigen Gegenstände muß daher grundsätzlich auch bei Mitnahme im Reisegepäck eine Ausfuhrbewilligung der zuständigen Außenhandelsstelle bezw. Zentralstelle eingeholt werden. Es soll dadurch verhindert werden, daß die Ausländer unter Ausnutzung des Tiefstandes der Markwährung weiterhin zu Schleuderpreisen im Inland Waren aufkaufen und ins Ausland mitnehmen.

** **Auch der Zuckerpreis wird wieder erhöht.** Die Telegraphen-Union teilt mit: Die Verhandlungen zwischen der Industrie und dem Reichswirtschaftsministerium sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Die von den Vertretern der Zuckerinteressenten angeführten Gründe, daß die unter Zugrundelegung gänzlich anderer Verhältnisse seinerzeit festgesetzte Spanne heutigentags nicht mehr einen wirtschaftlichen Betrieb ermögliche und daher eine Neufestsetzung der Preise eintreten müßte, wurden von der Regierung anerkannt. Wie hierzu einem Vertreter der Telegraphen-Union weiterhin mitgeteilt wird, wurden die von der Industrie gemachten Vorschläge im allgemeinen wenig verändert entgegengenommen, doch ist das Ausmaß der Preiserhöhung noch nicht zu übersehen, da noch eine Art von Entschädigungsfonds bei der Neuregelung der Verbrauchszuckerpreise einkalkuliert werden muß, der dazu dienen soll, bestimmte Betriebe der Industrie, welche mit Verlust arbeiten mußten, rückwirkend zu entschädigen. Es soll aber noch die Nationalversammlung gehört werden.

** **Auswanderung nach Norwegen.** Das Parteisekretariat der Deutschen demokratischen Partei, hier, teilt mit, daß die Einwanderung nach Norwegen von der ausdrücklichen Erlaubnis der norwegischen Regierung abhängig ist. Entsprechende Gesuche werden am besten an das norwegische Generalkonsulat in Berlin NW., Kronprinzenufer 24, gerichtet. Die Bevölkerung Norwegens steht jedoch der deutschen Einwanderung im allgemeinen ziemlich ablehnend gegenüber.

Mücheln und Umgegend.

8. März.

‡ **Mücheln,** 8. März. Über „Bodenreform" sprach am vergangenen Mittwoch im Volksbildungsabend Ober-Postsekretär Gose-Merseburg. In klarer, allgemeinverständlicher Weise versuchte er zu zeigen, welches Elend auch schon zu Zeiten, da das Reich in höchster Blüte stand, auf dem Gebiete des Wohnungswesens herrschte. Erschütternde Bilder und Zahlen bewiesen, wohin wir in den Großstädten gekommen sind, zeigten, wie Familiensinn, Sittlichkeit, Gefühl für Heimat und Volk vollständig verloren gehen mußten. Aber nicht nur Verteuerung der Wohnungen, Zusammenpferchen auf engsten Raum — auch Verteuerung jeglicher Produktion, Lohndrückerei usw. sind die unmittelbaren Folgen des Bodenwuchers, überhaupt des Kultandes, der den Boden als Ware betrachten läßt. Die Bodenreform will kurz gesagt, dem Boden eine Monopolstellung zuweisen und will die Grundrente der Allgemeinheit zuführen. Mit der Bodenreform, um die sich heute schon Millionen von Deutschen aus allen Parteien und allen Gesellschaftskreisen scharen, werden auch andere Reformbestrebungen kommen, die alle darauf hinausgehen, die Lebensform von Grund auf zu erneuern. Nicht im Fron der Arbeit für Gewinn und Erfolg soll das Leben verlaufen, sondern die Arbeit soll wieder zur Freude werden. Sie wird es nur dann, wenn jeder Einzelne auf eigenem Grund und Boden steht und weiß, wofür er schafft. Welch dankbare, zukunftsweisende Aufgabe für die Gemeinde, die das Land dazu besitzt, Heimstättenbau und Siedelung zu fördern; die soviel Gemeinsinn, soviel soziales Verständnis aufzubringen vermag, daß die Stimmen der Mißgunst, der einseitigen Geldbeutelwirtschaft verstummen. „Es wird die Stunde kommen, und sie wird bald kommen, in der das Volk seine wahren Freunde an der Stellung zur Bodenreform erkennen wird."

‡ **St. Ulrich,** 8. März. In nächster Zeit sollen 18 Knaben und 4 Mädchen im Alter von 3 bis 8½ Jahren durch den Landeshauptmann der Provinz Sachsen in Familien untergebracht werden. Das Pflegegeld beträgt bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 360 Mark, danach bis zum vollendeten 10. Lebensjahre 240 M. Die Festsetzung des Pflegegeldes nach Vollendung des 10. Lebensjahres erfolgt später unter Berücksichtigung der dann herrschenden Verhältnisse. Außerdem erhalten die Pflegeeltern bei der Überweisung eines Kindes unter 6 Jahren 165 M, eines Kindes von 6 Jahren und älter 245 M zur Ergänzung der Ausstattung der Pfleglinge. Anmeldungen zur Aufnahme von Kindern nimmt der Vertrauensmann für Fürsorgeerziehung im Bezirke Mücheln, Pfarrer Kustermann-St. Ulrich, an.

Nähgarn
weiß und schwarz, Nr. 30 und 40, 200 m-Rollen sofort lieferbar.
Wünsch & Kaps, Halle a. S.,
Ludwig-Wuchererstraße 1a.
Da Vorrat schnell vergriffen sein wird, empfehlen wir sofortigen persönlichen Besuch.

Ein Transport
hannov. Läuferschweine
sowie prima futterfester, acht Wochen alter Ferkel stehen von Dienstag früh an zum Verkauf
Ludwig Schnellhardt, Gasthof „Grüne Linde". — Telephon Nr. 80. —

Tapeten
Gothardstr. 42 — I. Etage
verkauft
E. Bernhardt
Tapezierermeister u. Dekorateur

Mohrrüben
für Speise- und Futterzwecke sowie
Futterrüben
hat wieder abzugeben
E. Weißhahn, Neumarkt,
Telephon 486.

Prima Schlafdecken
Spiralfeder-Strumpfbänder
Das Beste was es gibt.
Max Schnurre, Kl. Sixtiftr. 16 r.

Roßhaar-Besen
Schrubber
Scheuer-Bürsten
in allen Größen
sehr preiswert
Annenstr. 11, I
Sixtiberg 8, I

Gummiwaren
Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen
sanitäre Frauenartikel
Anfrag. erbrt. Versandhaus Hensinger Dresden 240. Am See 3.

Bei
Gicht u. Rheumatismus
Blutarmut, Appetitlosigkeit, überhaupt bei allen Schwächen und Krankheiten des Blutes ist Dr Schuberts
Rhostikon
sehr zu empfehlen. Zu haben in der Dom- u Stadtapotheke zu Merseburg

Ein kleiner Posten
Apfelbäume
(beste Sorten) sind verkäuflich Leunaer Straße 12.
Daselbst ist eine große Partie
Brennholz
(Baumausputzholz, gute Abfuhr), desgl. größere u. kleinere Hackeklötze zu verkaufen.

Ausschneiden! Aufbewahren!
+ Frauen +
verlangen
bei Störungen u. Unregelmässigk. sofort nur d. anerkannt vorzügl.
Dr. Hoffmanns Mensalin.
Bestbewährt u. empfohl. Garant. unschädlich. — Preis M. 8,—
Versand diskret nur durch
Dr. K. Hoffmann & Co.,
Berlin-Schöneberg B 132

Warnung!
Wir warnen hiermit jedermann, Hunde in der Meuschauer Flur frei umher laufen zu lassen, da wir infolge der Jagdschäden den Jagdaufseher angewiesen haben, jeden frei umher laufenden Hund zu erschießen.
Die Jagdpächter.

Tivoli-Theater Merseburg.
Direktion: A. Dechant.
Dienstag, 9. März, abds. ½8 Uhr
Volkstümliche Vorstellung!
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in fünf Bildern von Anzengruber.
Einheitspreis 1.20 M. auf allen Plätzen.
Donnerstag, 11. März, abds. ½8 Uhr.
Benefiz für Kapellmeister Leo Simonsohn
1001 Nacht.
Operette in 3 Akt. v. Joh Strauß.

Ratskeller-Restaurant.
Dienstag, den 9. März:
Künstler-Konzert!
Ausgeführt von Mitgliedern des Stadtorchesters.
Anfang ½8 Uhr. Eintritt frei! Otto Kießler.

Damenschneiderei
empfiehlt sich zur Anfertigung von Herren- und Damenmänteln, Kostümen, Kleidern und Blusen.
Tadelloser Sitz garantiert.
Früher: Roßmarkt 2. — Jetzt: Große Ritterstraße 5 (Lebensmittelamt, Hauptgebäude 3 Treppen).

Druckarbeiten
für Behörden, Handel, Industrie, Gewerbe, Vereine und Private fertige ich in geschmackvoller Ausführung — an. Den jetzt dringend nötigen —

Reklame-Drucksachen,
auf deren wirkungsvolle Ausstattung ich Wert lege, widme ganz besondere Aufmerksamkeit und steht Preisanschlag jederzeit — — — zu Diensten. — — —

Spezialität.
Tabellen — Kopierfähige Drucksachen — Preislisten — Postkarten — Briefbogen — — — Briefumschläge usw. — —

Familien-Anzeigen
schnell, sauber und billig.

Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.
Fernruf 324.

Dienstag, den 9. März 1920,
Keine Übungsstunde
Donnerstag, d. 11. März 1920,
Monats-Versammlung
Der Vorstand.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Einheitsverband der Kriegsb. und Kriegshint. Deutschlands
Ortsgr. Merseburg u. Umg.
Monatsversammlung
Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr im Reichskanzler.
Ein Teil der bestellten Waren wird verausgabt.
Der Vorstand.

Tanzstunde.
Das Schlußtränzchen der Landwirtsch. Winterschüler findet Donnerstag, d. 11. März, nachm. 3½ Uhr im „Strandschlößchen" statt.
C. Ebeling.

Kohlenfuhren
werden ausgeführt
Blumenthalstraße 7.

Wäsche zum Plätten
wird angenommen
Frau Hoffmann,
Meuschauer Straße Nr. 2.

Funkenburg.
Heute, Montag:
Gr. Jahrmarkts-Ball
Anfang 6 Uhr. Volles Orchester.

Öffentliche Volks-Versammlung.
Am Dienstag, den 9. März, abends ½8 Uhr, findet im „Kasino" eine
öffentliche Volksversammlung statt.
Redner: Schriftsteller Dr. Stadtler, Berlin.
Thema:
Deutsche Lebensfragen der Gegenwart.
Freie Aussprache!
Die ganze Einwohnerschaft von Merseburg wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.
Zur Deckung eines Teils der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben.
Liga zum Schutze der deutschen Kultur.
Sektion Halle.

Deutsch-Evangelischer Frauenbund.
Mittwoch, den 10. März, nachm. 5 Uhr im Saale des Landeskulturamts, Wilhelmstraße Nr. 4
Vortrag:
„Was müssen sozial interessierte Frauen von der christlichen Gewerkschaftsbewegung wissen."
Herr Pastor Riem.
Daran anschließend Aussprache über die in Merseburg zu errichtende **Häusliche Nothilfe.** Mitglieder des Deutsch-Evangel. Frauenbundes und des Hausfrauen-Verbandes sind herzlich eingeladen. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Diskussionsabende
über
Weltanschauungsfragen
am Mittwoch, den 10. und 24. März, den 14. und 28. April, abends 8 Uhr, im oberen Saale des Jugendheims Herzog Christian.
Leiter: Herr Superintendent Professor Bithorn.
Jedermann herzlich willkommen!
Die Leitung der Merseburger Bildungsabende.

Gründlichen
Klavier-Unterricht
n. d. beliebten Dammschen Schule erteilt
Otto Renner, Johannisstr. 12.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200309-16/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 20 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 25 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 58 | Dienstag den 9. März 1920 | 46. Jahrg.

Reichspräsident Hindenburg.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Schon vor längerer Zeit wurde von rechtsstehenden Kreisen sehr lebhaft eine Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs befürwortet. Dann war es einige Zeit still und jetzt nun verbreitet eine Depeschenagentur die Meldung, daß schon in nächster Zeit ein Aufruf von führenden Männern und Frauen aus allen Teilen des Deutschen Reiches, aus allen Berufsständen und Bevölkerungsgruppen sich an die deutschen Volksgenossen wenden und zur Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auffordern werde. Man glaubt durch diesen Namen alle politischen Gegensätze überbrücken zu können. Hindenburg soll als unpolitischer Kandidat, als Vertrauensmann des deutschen Volkes gewählt werden. Es ist möglich, daß einige von den Befürwortern dieser Kandidatur wirklich eine Lösung, einen Burgfrieden bei der Präsidentenwahl für möglich halten. Demgegenüber muß betont werden, daß der Versuch, bei einer ausgesprochen politischen Wahl einen Burgfrieden herzustellen, völlig aussichtslos ist. Ganz ohne Zweifel genießt Hindenburg bis weit nach links großes Vertrauen, und die Tatsache, daß er sich nach dem Zusammenbruch der Revolution zur Verfügung stellte, bleibt unvergessen. Es kann aber nicht verkannt werden, daß sein Auftreten vor dem Untersuchungsausschuß, bei dem es sich zeigte, wie sehr er politisch von Ludendorff ins Schlepptau genommen war, ihn um mancherlei Sympathien gebracht hat. Er selbst hat auch immer wieder betont, daß er ein Soldat sei und mit Politik nichts zu tun habe. Außerordentlich bezeichnend ist der Eifer, mit dem sich die Presse der Rechten für diese Kandidatur einsetzt. Die Sache ist an sich sehr geschickt eingefädelt, man stellt Hindenburg als Präsidentschaftskandidaten auf und schiebt „vaterländische Kreise" vor, versucht seinen eigenen Kandidaten als unpolitisch zu bezeichnen, weil eine deutschnationale Kandidatur von vornherein eine Durchfallkandidatur ist. Vielleicht kann man hoffen, daß Hindenburg doch noch im letzten Moment erkennt, wofür er mißbraucht werden soll.

Die Folgen seiner Kandidatur wären erbitterte Kämpfe. Die Zeitungsstimmen lassen gar keinen Zweifel darüber, daß die Parteien der Linken eine solche Kandidatur energisch bekämpfen würden. Auf die Folgen, die die Wahl für unsere auswärtige Politik haben muß, macht der „Vorwärts" aufmerksam, der u. a. schreibt: „Hindenburg war und ist vor allem der Exponent der alldeutschen Militär- und Zivilkaste. Eine Präsidentenschaft Hindenburg würde vom ganzen Ausland als die Herrschaft dieser Kaste aufgefaßt werden. Eine Präsidentenschaft Hindenburgs wäre das Ende der gewaltigen Bewegung zur Revision des Friedensvertrages, die jetzt im Ausland täglich an Kraft gewinnt. Hindenburg hat sich von den Helfferichen und Ludendorffen zu mancher Dummheit treiben lassen. Die Präsidentschaftskandidatur war die größte."

Es erscheint um so weniger angebracht, jetzt bereits einen Kandidaten für die Präsidentenwahl aufzustellen, als das Gesetz über die Wahl zum Präsidenten noch nicht einmal der Nationalversammlung zugegangen ist. Man weiß, daß die Anschauung, man solle die Wahl nicht direkt durch das Volk vornehmen lassen, wie es der Artikel 41 der Verfassung vorsieht, an Boden gewinnt. Eine entsprechende Abänderung der Verfassung läge durchaus im Bereiche der Möglichkeiten. Auf jeden Fall wird man bedauern müssen, daß ein Mann, der sich soviel Verdienste um sein Vaterland erworben hat, jetzt in einen Wahlkampf gestellt werden soll, bei dem die Angriffe natürlich auch vor seiner Person nicht Halt machen würden. Solche Bedenken stellen natürlich die Kreise der Rechten zurück, wenn nur das Parteisüppchen ordentlich brodelt.

*

Die Rechtsparteien und die Kandidatur Hindenburg.

Berlin, 8. März. Ein Aufruf für die Präsidentschaftskandidatur Hindenburg, der in der Berliner rechtsstehenden Presse veröffentlicht worden ist, verdankt seine Entstehung einem Beschlusse der Parteileitungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Schon heute wird ein Aufruf veröffentlicht werden, der von mehreren hundert Männern und Frauen aus allen Teilen des Reiches und aus allen Ständen unterzeichnet ist und der zur Wahl Hindenburgs auffordert. Wie es heißt, ist die Aufstellung Hindenburgs im Kreise der beiden Parteileitungen nicht ohne Widerspruch erfolgt. Man habe auf das hohe Alter Hindenburgs und auf die mit einem Wahlkampf untrennbar verbundenen Angriffe auch gegen die Person Hindenburgs hingewiesen, diese Einwände seien aber nicht für durchschlagend gehalten, man hoffe vielmehr, daß Hindenburgs Volkstümlichkeit so groß sein wird, daß er auch über die Reihen der Rechtsparteien hinaus Stimmen erhalten wird. Für die Kandidatur Hindenburgs wolle auch der Reichsbürgerrat eintreten. Das Zusammentreffen der Veröffentlichung eines Telegrammes des Reichsbürgerrates mit der Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs sei kein zufälliges, sondern ein verabredetes.

Der Reichsbürgerrat und die Präsidentenwahl.

Der Präsident des Reichsbürgerrates hat an die Nationalversammlung folgende Kundgebung gerichtet:

1. Neuerdings mehren sich die Nachrichten, wonach bei nicht verantwortlichen Stellen die Absicht besteht, die Wahl des Reichspräsidenten nicht der allgemeinen Volksentscheidung, sondern vertretenden Körperschaften zu übertragen. Der Reichsbürgerrat würde in der Durchführung solcher Absichten einen Bruch des Paragraphen 41 der Verfassung und eine Verkürzung der vornehmsten Rechte des deutschen Staatsbürgers erblicken. Schon jetzt wird gegen derartige Pläne mit allem Nachdruck Einspruch erhoben.

2. Der Reichsbürgerrat vertritt im Einklang hiermit die Auffassung, daß die Wahl zum Reichspräsidenten nicht eine Sache der Parteien, sondern eine Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes ist. In der heutigen Zeit schwerster Not muß versucht werden, alle weiteren inneren Erschütterungen zu vermeiden. Wir fordern daher die Nationalversammlung auf, dahin zu wirken, daß bei dieser Wahl und den Vorbereitungen dazu der Burgfrieden gewahrt wird. Nicht Zugehörigkeit zu einer Partei darf bei Vorschlag und Entscheidung maßgebend sein, sondern einzig und allein die Frage: Welcher Mann ist seiner Persönlichkeit und seiner Bedeutung nach am besten geeignet, das deutsche Volk nach innen und außen würdig zu vertreten?

Der Reichsbürgerrat.
gez. v. Loebell.

*

Pressestimmen zur Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs.

Berlin, 8. März. Der „Vorwärts" lehnt sich sehr scharf gegen den Hindenburgrummel auf und sagt, seit dem Juli 1914 sei nicht schlimmer mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt worden als durch ihn. — Die „Voss. Ztg." meint, die Äußerungen aus beiden Lagern der Sozialdemokratie zeigten zur Genüge, wie der Burgfrieden aussehen werde, von dem bei der Bekanntgabe der Kandidatur gesprochen worden sei.

Neueste Nachrichten.

Wilson erneut über die adriatische Frage.

Washington, 8. März. (Priv.-Telegr.) In seiner Antwort auf die letzte Note von Lloyd George und Millerand über die adriatische Frage wiederholt Präsident Wilson, daß die Vereinigten Staaten die Inkraftsetzung der Bestimmungen des Londoner Aktes nicht billigen könnten, es sei denn, daß sie die Überzeugung gewinnen könnten, daß diese Bestimmungen im wesentlichen annehmbar und so beschaffen seien, daß sie der Aufrechterhaltung des Friedens im Südosten Europas nicht schaden könnten. Wenn Italien und Südslawien auf einen Pufferstaat verzichten wollten und die Oberhoheit über die Stadt Fiume dem Völkerbund übertragen wollten in der Weise, daß weder Italien noch Südslawien die Kontrolle über die Stadt beanspruchen, so seien die Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß die beiden Staaten in einem Abkommen ihre gemeinsame Grenze festlegten.

Folgen des Krieges.

Warschau, 8. März. (T.-U.) Der Finanzminister entsandte nach Berlin eine Kommission, welche mit der deutschen Regierung Verhandlungen betreffend die Deckung während der deutschen Okkupation in Polen ausgegebenen Banknoten der polnischen Darlehnskassen aufnehmen soll. Die Ansprüche der polnischen Regierung betragen sechs Millionen Reichsmark.

Rücktritt des schwedischen Ministeriums.

Stockholm, 8. März. (T.-U.) Das schwedische Ministerium hat seinen Rücktritt eingereicht. Nach einer weiteren Meldung wird der König zweifellos den Sozialdemokraten Branting mit der Bildung der neuen Regierung betrauen.

Aufhebung des Urteils gegen Röchling.

Paris, 8. März. (Priv.-Telegr.) Nach einer Meldung aus Saarbrücken hat der Kassationshof in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Röchling, das bekanntlich vom Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen.

Die Bolschewisten in Bessarabien.

Stockholm, 8. März. (Priv.-Telegr.) Aftonbladed meldet, daß nach einem Telegramm aus Reval bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 150 000 Mann den Dnjester an mehreren Stellen überschritten haben. Sie würden bald in Bessarabien einrücken. Die rumänischen Truppen sind geschlagen. In Rumänien hält man die Lage für kritisch.

Frankreichs Bedenken gegen das wirtschaftliche Memorandum.

Paris, 8. März. Die französische Regierung hat ihren Delegierten in London ihre Instruktionen bezüglich des wirtschaftlichen Memorandums übersandt. Diese Instruktionen, die sich namentlich darauf beziehen, daß es Frankreich unmöglich sei, irgend eine verhüllte Revision des Versailler Vertrages oder eine Verminderung der Befugnisse der Wiedergutmachungs-Kommission anzunehmen, haben zur Folge gehabt, daß an dem ursprünglichen Text des Memorandums einige Änderungen vorgenommen werden. Andere kleinere Änderungen sind von den Delegierten verlangt worden. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden fortgesetzt.

Neue Riesenschiebungen in Kohlen.

Kattowitz, 8. März. (T.-U.) Die Kriminalpolizei ist erneut großen Kohlenschiebungen auf die Spur gekommen. Sie hat bereits 10 Personen, die in diese neuen Schiebungen verwickelt sind, festgenommen. Bis jetzt sind Verschiebungen von 40 Waggons festgestellt worden, wodurch die Staatsbahn um 120 000 ℳ geschädigt worden ist.

Kundgebungen gegen Schieber und Wucherer.

München, 8. März. (Priv.-Telegr.) Gestern mittag fanden auf dem Lenbachplatz vor der Feldherrnhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richtete. Die demonstrierende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizeiwache und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

Ein Raubversuch auf Bela Khun.

Wien, 8. März. (T.-U.) Zehn ungarische Offiziere versuchten den Leiter der früheren Sowjetregierung Bela Khun aus dem Spital in Stockerau zu entführen. Dem Wächter boten sie 1500 Kronen. Dieser verständigte jedoch die Polizei. Die Offiziere flüchteten darauf im Auto, ohne ihr Vorhaben ausgeführt zu haben. Die Sicherheitsmaßnahmen sind verstärkt worden.

Streikbeschluß der französischen Bergarbeiter.

Bethune, 8. März. (Priv.-Telegr.) Der Gewerkschaftskongreß für die Departements Nord und Pas de Calai ist gestern hier zusammengetreten. Da die von Paris gemachten Zugeständnisse als ungenügend erachtet wurden, wurde mit 164 gegen 14 Stimmen der Streik beschlossen.

Nach dem Frieden.

Entente-Manifest über die Wiederaufrichtung Deutschlands und Europas.

Paris, 7. März. Das wirtschaftliche Manifest das, wie der „Temps" mitteilt, auf Anregung der französischen Regierung einige Änderungen erfahren hat, soll gestern abend von London nach Paris telegraphiert worden sein, um zur Genehmigung dem Ministerpräsidenten Millerand unterbreitet zu werden. Inzwischen ist in London laut „Temps" ein Auszug des Manifestes veröffentlicht worden. Das Memorandum beschäftigt sich zuerst mit den Wechselkursen und fährt dann fort:

Die Versuche, die von den Regierungen unternommen wurden, den Wechselkurs zu bessern, können die vollständige Wiederherstellung der Lage nur verzögern. In der Zwischenzeit müssen Mittel gefunden werden, um den Zusammenbruch der geschäftlichen Operationen zu verhindern. Der Oberste Rat glaubt, daß die notwendigen Kredite gefunden werden müssen, sobald die europäischen Regierungen Maßnahmen getroffen hätten, um Vertrauen zu ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Politik zu gewinnen. Der Oberste Rat erkennt an, daß die Wiederaufrichtung der verwüsteten Gebiete und besonders derjenigen in Frankreich für die europäische Wiederaufrichtung unbedingt erforderlich ist.

Ferner hat er die besondere Lage Deutschlands ins Auge gefaßt, wo augenblicklich jedes Unternehmen gehemmt sei und jeder Versuch, Handelskredit zu erlangen, fehlschlage und zwar, weil seine Verpflichtungen zur Wiedergutmachung noch ganz unbekannt seien. Der Oberste Rat glaubt deshalb, es sei außerordentlich wünschenswert und liege im Interesse der alliierten Länder, wenn im Interesse Deutschlands die gesamte Summe der Wiedergutmachungen, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag zu zahlen hat, sobald wie möglich festgesetzt wird. Der Oberste Rat glaubt, daß Deutschland in die Lage versetzt werden muß, die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten, und wenn dies nach Ansicht der Wiedergutmachungskommission notwendig sei, müsse es berechtigt sein, eine Anleihe im Ausland aufzunehmen.

Der Oberste Rat sei überein gekommen, gewisse Leitartikel aufzustellen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu vermindern. Es scheint ihm von großer Bedeutung zu sein, daß die Friedensverhältnisse so rasch wie möglich wiederhergestellt würden. Die Armeen müßten überall auf den Friedenszustand zurückgeführt werden. Jede Regierung müsse sofort die Mittel prüfen, um ihren Völkern die vitale Notwendigkeit zu verstehen zu geben, jede überstiegene Ausgabe zu vermeiden und die notwendigen Ausgaben auf das äußerste zu beschränken. Maßnahmen müßten auch getroffen werden für die Heraufsetzung des Kredits und für die Einschränkung des Banknotenumlaufs. Was die verwüsteten Gebiete und besonders die im Norden Frankreichs betrifft, so erklärt das Memorandum, daß die Wiederaufrichtung von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas und für die Rückkehr zu normalen wirtschaftlichen Beziehungen sei. Diese Wiederaufrichtungsarbeit, die große Kapitalien erfordere, die man nicht von laufenden Einnahmen bestreiten könne, könne aber nicht aufgeschoben werden bis zur Zahlung der im Friedensvertrag Deutschland auferlegten Summen. Deshalb erachtet der Oberste Rat es für notwendig, daß die Kapitalien für die Wiederaufrichtung der verwüsteten Gebiete durch Anleihen gefunden werden müssen, als deren Garantie die Wiedergutmachungssumme, die von Deutschland in Ausführung des Versailler Vertrages zu verlangen sei, gelten müsse.

Der Oberste Rat sei ferner entschlossen, im gemeinsamen Interesse Deutschlands und seiner Gläubiger die Deutschland auferlegten Zahlungsfristen zu verlängern, und er habe beschlossen, von seinen Delegierten bei der Wiedergutmachungskommission zu verlangen, daß sie Deutschland von der Verlängerung dieser Fristen in Kenntnis setzen und es fragen, ob es damit einverstanden ist, wie dies im Briefe vom 15. Juni 1919 ausgesprochen sei, daß sobald wie möglich auf der Grundlage der Zahlungsmöglichkeit die Gesamtsumme festgesetzt wird, die Deutschland als Entschädigung zu zahlen hat.

„Der Geist des Vertrages von Versailles ist gestorben."

Der Beschluß des Obersten Rates, Deutschland wieder emporzuhelfen, hat naturgemäß in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Sehr lehrreich ist es, die Wirkung in den einzelnen Ländern zu beobachten. Daß in Frankreich heller Unmut herrscht, ist selbstverständlich, aber es dämmert doch auch dort. Am offensten wird der Umschwung in der Ententepolitik und seine Beweggründe in Italien besprochen, und wir finden dort unsere Auffassung bestätigt, daß Englands Gegnerschaft gegen das zu mächtig werdende Amerika die erste Triebfeder ist, und dann erst die Erkenntnis der Alliierten, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nur nachkommen kann, wenn es wirtschaftlich wieder gekräftigt ist. So lesen wir in der „Idea nazionale": „Der Vertrag von Versailles wird formell nicht revidiert, sein [illegible] ab beginnt Europa mit [illegible] der Wiederherstellung [illegible] chts. Der englische [illegible] Kontrolle Amerikas zu [illegible] ngland liegt mehr [illegible] chaftlichen Unab[illegible] egsentschädigung. [illegible] äußerst wichtigen Dinge [illegible] bei den jüngsten Kon[illegible] des Friedensvertrages [illegible] g der Besatzungstruppen [illegible] ng wirft man ihm und [illegible] nfeindlichem Sinne vor. [illegible] t.

[illegible] Versailler Vertrages.

[illegible] mmersitzung wurde be[illegible] pärtige Politik, die ur[illegible] ollten, auf den 18. März [illegible] die internationale [illegible] ren haben werde. Der [illegible] Kammerausschusses für [illegible] Gelegenheit eine Rede, [illegible], mit aller Kraft für die [illegible] r Friedens einzu[illegible] Rechte Frankreichs be[illegible] ien die Alliierten durch [illegible] für alle Gesetz bleiben [illegible] leiben, fordere dies aber [illegible]

[illegible] utschland.

[illegible] gt zu, daß die Londoner [illegible] er deutschen Auslands[illegible] sische Forderung, daß die Ausgabe der Anleihe unter der Aufsicht der Wiedergutmachungskommission erfolgen müsse, sei angenommen worden. Diese Kommission werde den Zeitpunkt und die Modalitäten der Anleihe, ebenso wie die Garantien und die Tilgungsfrist zu bestimmen haben. Dem „Echo de Paris" zufolge hat Frankreich das Zugeständnis gemacht, da es den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete als eine internationale Angelegenheit behandeln wolle, womit wohl gesagt sein solle, daß Frankreich seinen Widerspruch gegen die Mitarbeit deutscher Fachleute und Arbeiter aufgegeben hat.

Die Ablehnung Hollands hat nicht enttäuscht.

Basel, 7. März. In der Freitagssitzung des Obersten Rates befaßte man sich mit der Antwort der niederländischen Regierung auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200309-16/fragment/page=0007
DFG